

SEMINAR FÜR
POLITISCHE WISSENSCHAFT
DER UNIVERSITÄT ZU KÖLN

MAGISTERARBEIT

**„Sommerlochthemen,, - wie wirkt sich die parlamentarische
Sommerpause auf die politische Fernseh-Berichterstattung aus ?**

Erstprüfer: Priv.-Dozent Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte

vorgelegt von :

Tim Schroedter

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung

II. Einführung

1. Annäherung an die Fragestellung
2. Begriff und Dimension politischer Fernsehberichterstattung
3. Politikwissenschaftliche Relevanz
4. Stand der Forschung
5. Methode
6. Aufbau der Arbeit und Vorgehensweise

III. Politische Fernsehberichterstattung

1. Politisch - Begriff und Dimension
2. Politik und Fernsehberichterstattung
3. Nachrichten-Berichterstattung im ZDF-heute-journal
4. Untersuchungseingrenzung

I. Der parlamentarische Prozess innerhalb und außerhalb des Sommerlochs

1. Parlamentarische Arbeit
2. Parlamentarische Akteure
3. Parlamentarische Arbeit und Fernsehberichterstattung
4. Hypothesenannäherung

V. Forschungsablauf

1. Forschungsgegenstand und Darlegung des Untersuchungsmaterials
2. Hypothesen
3. Handlungsakteure
4. Relevanz
5. Inszenierung
6. Themenstruktur

VI. Forschungsergebnisse

1. Handlungsakteur
2. Relevanz
3. Inszenierung
4. Themen

VII. Bewertung der Ergebnisse und Fazit

LITERATURLISTE

Anhang

- Anhang 1: Auswertungsergebnis „Politische Prominenz,,
Anhang 2: Auswertungsergebnis „Relevanz,, und „Inszenierungen,,
Anhang 3: Daten „Beiträge pro Monat nach Handlungsakteur-Kategorien summiert,,
Anhang 4: Abbildung und Daten „Prozentsatz der Beiträge in der *Prominenz*-Kategorie,,
Anhang 5: Abbildung und Daten „Relevanz der Beiträge,, I
Anhang 6: Abbildung und Daten „Prozentsatz der Relevanz,, I
Anhang 7: Abbildung und Daten „Relevanz der Beiträge,, II
Anhang 8: Abbildung und Daten „Prozentsatz der Relevanz,, II
Anhang 9a: Sendeprotokoll (vom 26.11.1996)
Anhang 9b: Sendeprotokoll (vom 21.11.1996)

I. EINLEITUNG

Der Wolfgangsee in Österreich misst 13,5 Quadratkilometer und ist kleiner als andere Seen im Salzkammergut, z.B. als der Mondsee, Traunsee oder Attersee. Doch wenn es *ein* See Österreichs zu *politischer Bekanntheit* in Deutschland gebracht hat, dann dieses Gewässer, das die Traun speist.

Es gibt eine Grund, warum den meisten Deutschen dieser See namentlich geläufiger sein dürfte als gleich große, österreichische Seen: Der deutsche Ex-Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und seine Regierungszeit, genauer gesagt, seine „Nicht-Regierungszeit,“. Denn einmal im Jahr, im Juli oder August, vermeldeten Fernsehen, Hörfunk und Presse, dass Helmut Kohl mit Gattin zu seinem Sommerurlaub am Wolfgangsee eingetroffen sei. Die Berichterstattung drehte sich um die Planungen des Kanzlers vor Ort und seinen Gepflogenheiten in den Ferien. „Kohl in St. Gilgen, das füllte jedes Sommerloch,“,¹ schrieb einst die Süddeutsche Zeitung.

Man kann sich darüber wundern, dass die Bürger *davon* in Kenntnis gesetzt werden. Denn für den Bürger lässt diese Nachricht jegliche politische Relevanz missen. Weder geht es in ihr um politische Entscheidungen, noch um die Vorbereitung von Entscheidungen oder um die Stellungnahme zu Entscheidungen - es geht um den Urlaub des Bundeskanzlers.

Das beschriebene Beispiel lässt meist die Bevölkerung, aber auch die Redaktionen der Nachrichtenmedien selbst, die Feststellung treffen: Es ist parlamentarische Sommerpause. Oder anders formuliert: Das Sommerloch hat die Berichterstattung wieder einmal eingeholt.

Von dieser Feststellung ist es in der Bevölkerung nur ein kleiner Schritt zur nächsten Anmerkung: Wenn die Parlamentarier Berlin (früher: Bonn) verlassen, muss man sich in den Medien auch

¹ „Der Schatz vom Wolfgangsee,“, in: Süddeutsche Zeitung vom 16.8.2000, S. V2/5

wieder auf „Sommerlochthemen,, einstellen. Verbunden scheint damit die Vorstellung, dass politische Berichterstattung in der sitzungsfreien Zeit von Bundestag und Bundesrat an Brisanz und die Themen Bezug zu politischen Prozessen verlieren, und in dieser Zeit gerade die unbekannteren Parlamentarier eine Chance erhalten, mit eigenen Themen verstärkt in den Medien präsent zu sein.

Dabei ist interessant, dass solche „Sommerlochthemen,, - wenn sie denn nachweisbar sind - zwar von den Medien selbst kritisch hinterfragt werden², die Medien aber selbst durch ihre eigene Berichterstattung dafür sorgen, dass diese Themen in die Öffentlichkeit getragen werden. Denn die Medien bilden heutzutage jenes Forum für den politischen Diskurs. Sie stellen jene Öffentlichkeit her, die von den Akteuren der Politik zur Beeinflussung politischer Prozesse genutzt wird.

Natürlich setzt sich dieser Austausch von Information gegen Öffentlichkeit auch in der parlamentarischen Sommerpause fort. Jedoch wird in dieser Zeit das parlamentarisch-demokratische Regierungssystem teilweise außer Kraft gesetzt. Während zur restlichen Zeit des Jahres Legislative und Exekutive, Bundestag und Bundesregierung, die Entscheidungszentren sind, in denen die verschiedenen Interessen und Vorstellungen aufeinandertreffen und der Versuch eines politischen Interessenausgleichs stets von neuem den politischen Prozess bestimmt, bleiben die Sitzungsbänke mitten im „Sommerloch,, leer und findet ein Interessenausgleich auf parlamentarischer Ebene nicht statt. Es werden Legislative und Exekutive im Hochsommer sozusagen partiell „auf Eis gelegt,,. Politische Berichterstattung verliert damit in den Massenmedien allerdings nicht ihre Existenzberechtigung. Politische Akteure melden sich auch in diesem Zeitraum in den Massenmedien zu Wort. Diskussionen um politische Prozesse finden auch in dieser Zeit statt.

² Vgl. „Vorhang zu im Sommertheater,, in: Die WELT vom 19.8.95, S.1

Die Frage, die mit dieser Arbeit beantwortet werden soll, lautet: Wirkt sich die parlamentarische Sommerpause auf die politische Fernsehberichterstattung aus? Lassen sich in der politischen Berichterstattung in der Sitzungszeit und der Berichterstattung in der parlamentarischen Sommerpause Unterschiede feststellen? Unterschiede, die vielleicht in die Richtung der öffentlich-medialen Vermutungen gehen, dass der politische Inhalt der Themen an Relevanz verliert, und die Sommerzeit den Abgeordneten geringerer Prominenz mehr Möglichkeiten bietet, die Massenmedien zur Profilgewinnung zu nutzen? Des Weiteren soll untersucht werden, ob sich charakteristische „Sommerlochthemen„ in der politischen Berichterstattung herauskristallisieren und welche Charakteristika diese Themen aufweisen.

Bereits an dieser Stelle kann hervorgehoben werden, dass diese Arbeit nicht untersuchen will, ob und wie sich Auswahlkriterien von Seiten der *journalistischen* Akteure in der sitzungsfreien Zeit ändern. Beleuchtet werden soll die Frage, ob jene Berichterstattung, die man in Verbindung mit parlamentarischen Akteuren setzen kann, variiert. Lediglich abschließend soll die Frage angeknüpft werden, warum die Medien - wenn sich dies in der Untersuchung bestätigt - in der Sommerpause Ereignisse in ihre politische Berichterstattung einfließen lassen, die aufgrund ihrer (geringen) Relevanz oder ihrer (starken) Inszenierung während des übrigen Jahres weniger Aussicht auf Beachtung finden.

Die erste Schwierigkeit dieser Untersuchung besteht daher in der Eingrenzung und Definition politischer Berichterstattung. Zwar liegen inzwischen aus den Gebieten der Politikwissenschaft und der Kommunikationswissenschaft zahlreiche Studien über politische Berichterstattung in den Medien vor. Doch immer noch weisen viele daraus erstellte Konzepte und Ergebnisse (beispielsweise der Personalisierung oder Mediatisierung) Defizite in ihrer empirischen Überprüfbarkeit auf.

Das Ziel dieser Arbeit liegt somit darin, empirisch die Frage zu klären, ob und wie durch die parlamentarische Sommerpause die politische Berichterstattung beeinflusst wird, und welche Charakteristika „Sommerlochthemen,“ aufweisen. Als Untersuchungsmaterial diente dieser Arbeit dabei die Berichterstattung im ZDF-heute-journal.

II. EINFÜHRUNG

1. Annäherung an die Fragestellung

Für die politische Kommunikationsforschung war das *Medium* jahrzehntelang ein Neutrum im übertragenen und umfassenden Sinn. Wichtig war die Mitteilung; Interdependenzen und Interaktionen zwischen Mitteilung und Medium sah man nicht. Das Medium interessierte allenfalls unter Aspekten der Reichweite und der Zielgruppensegmentierung. Ihre Funktion und die Auswirkung der Erschaffung von Öffentlichkeit rückte jedoch noch nicht ins Bild.

Mit der Zeit erkannte die Wissenschaft jedoch, welche Rolle *Öffentlichkeit* in einer demokratischen Gesellschaft für die politischen Akteure spielte, wie sie Handlungsmöglichkeiten für die Akteure schuf aber auch einschränkte. Politikwissenschaftler nahmen wahr, dass „Öffentlichkeit (...) eine Legitimationsvoraussetzung für die allgemeine Verbindlichkeit politischer Entscheidungen und damit Basis demokratischer Herrschaft [ist],“³. Es setzte sich zugleich die Erkenntnis durch, dass politische Akteure die Arbeit mit und in der Öffentlichkeit pflegen und ihre öffentlichen Beziehungen intensivieren mussten, um sozusagen ihre Legitimation immer wieder neu vor dem Bürger über die Medien zu rechtfertigen.

In einem Zeitalter, in dem die politische Kommunikation inzwischen primär von den elektronischen Medien geprägt wird⁴, konzentrieren sich die politischen Akteure dabei auf jene Medien, die die größtmögliche Öffentlichkeit herstellen und bei denen die Chancen, die Gestaltung der Öffentlichkeit größtmöglich beeinflussen zu können, am höchsten liegen. So entdeckten die Politiker vor allem das Fernsehen und sein Millionenpublikum für sich - und die Wissenschaft das wechselseitige Verhältnis zwischen Massenmedienakteuren

³ Marschall, Stefan, *Öffentlichkeit und Volksvertretung*, (Studien zur Kommunikationswissenschaft, Band 40), Opladen 1999, S. 17

⁴ vgl. Jarren, Otfried, *Medien-Gewinne und Institutionen-Verluste ? Zum Wandel des intermediären Systems in der Mediengesellschaft*; in: Jarren, Otfried (Hrsg.), *Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen*, Opladen 1994, S.25f

(Journalisten) und politischen Akteuren. Goethes Erkenntnis, „was von seiten der Monarchen in die Zeitungen gedruckt wird, nimmt sich nicht gut aus: denn die Macht soll handeln und nicht reden,“⁵, scheint im Fernsehzeitalter überholt. Im Gegenteil: Im Lauf ihrer Erfahrungen mit dem Fernsehen nutzten Politiker immer öfter die Möglichkeit, in den Medien Präsenz zu zeigen, um ihr politisches Handeln zu erläutern.

Auch die Wissenschaft wurde sich bewusst, dass sich politische Akteure darum bemühen *mussten*, diese Möglichkeit der Präsentation vor dem Wähler auszuschöpfen. Politische Akteure versuchen im Medienzeitalter, das Fernsehen als Bühne ihrer Arbeit zu nutzen - auch wenn ihre politische Arbeit phasenweise, wie in der Zeit der parlamentarischen Sommerpause, eingeschränkt ist.

Für die Fragestellung dieser Magisterarbeit gilt es daher zunächst folgende Grundfragen zu klären: Wie beeinflussen sich Politik und Medien? Wie kann parlamentarische Arbeit in der Fernsehberichterstattung wiedergegeben werden? Wie können politische Akteure Einfluss auf die Fernsehberichterstattung nehmen? Welche politischen Ereignisse lassen sich als Inszenierung ohne Bezug zum politischen Prozess definieren?

Grundsätzlich bieten sich für die Untersuchung politischer Fernsehberichterstattung zwei Ansätze an: Aus politisch-inhaltlicher und aus journalistisch-selektiver Sicht. Den zweiten Ansatz schließt diese Arbeit aus, da es sich um eine Analyse der Selektionskriterien der Journalisten handeln müsste, die den journalistischen Akteur ins Zentrum einer empirischen Untersuchung rücken würde. Statt dessen steht der Inhalt der politischen Berichterstattung - die Handlungsakteure, die Ereignisse und Themen - im Vordergrund der (Inhalts-)Analyse.

⁵ Goethe, Johann Wolfgang, *Maximen und Reflexionen*, Hamburger Ausgabe, Bd. 12, Hamburg 1994, S.383

2. Begriff und Dimension politischer Fernsehberichterstattung

Grundlegend ist für diese Arbeit die Frage, was unter politischer Fernsehberichterstattung verstanden werden soll.

Verbunden war mit der Frage nach der Darstellung von Politik in den Medien lange Zeit eine Konstruktivismusdebatte, in der die Problematik diskutiert wurde, „was politische Wirklichkeit überhaupt ist, ob diese durch politische Berichterstattung widergespiegelt werden kann oder sich erst in der politischen Publizistik konstituiert,“⁶. Ohne auf diese Debatte zu ausführlich eingehen zu wollen, ist festzuhalten, dass wir es in unserer Gesellschaft „mit mediatisierter, in doppeltem Sinn durch Medien vermittelter Politik zu tun haben,“⁷. Politiker sind nicht nur an politischen Prozessen und politischen Entscheidungen beteiligt, sondern müssen gleichzeitig ihr Handeln begründen und rechtfertigen. „Mehr denn je werden von ihnen kommunikative Leistungen erwartet, wird ihnen Legitimation durch Kommunikation abverlangt,“⁸, da Politik in einer Demokratie aus Legitimationsgründen „auf die öffentliche Darstellung ihres Vollzugs und ihrer Ergebnisse angewiesen [ist],“⁹. Politikvermittlung trägt somit dem Postulat Rechnung, dass politisches Handeln in der Demokratie zustimmungsabhängig und infolgedessen auch begründungsbedürftig ist¹⁰.

Das Produkt der Politikvermittlung sind die *Nachrichten* in den Medien. *Nachricht* wird vielfach synonym für Information, Mitteilung, Hinweis oder Meldung verwendet.

⁶ Sarcinelli, Ulrich, Mediale Politikdarstellung und politisches Handeln: analytische Anmerkungen zu einer notwendigerweise spannungsreichen Beziehung, in: Jarren, Otfried (Hrsg.), Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen. Elektronische Medien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1994, S.41

⁷ Meyer, Thomas, Die Theatralität der Politik, in: Siller, Peter/Pitz Gerhard (Hrsg.), Politik als Inszenierung, Baden-Baden 2000, S.117

⁸ Sarcinelli, Ulrich/Wissel, Manfred, Mediale Politikvermittlung und politische Bildung, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S.410

⁹ Meyer, Thomas/Ontrup, Rüdiger/Schicha, Christian, Die Inszenierung des Politischen, Wiesbaden 2000, S.31

Sprachwissenschaftlich ersetzte bereits im 17. Jahrhundert das Wort Nachricht gebräuchlich die Nachrichtung, das, wonach man sich zu richten hat, Anweisung, später im Sinne von Mitteilung. Im 19. Jahrhundert bürgerte sich das Tätigkeitswort *benachrichtigen* ein. Heutzutage werden Nachrichten meist definiert als „durch die Massenmedien in die Gesellschaft projizierte, regelwidrig aufgetretene Tatsachen und Ereignisse, die Anspruch auf Interesse in der Öffentlichkeit erheben dürfen,¹¹. Darunter fallen auch politische Tatsachen und Ereignisse.

Doch wie grenzt man dann *politische* Nachrichtenberichterstattung ein? Grundsätzlich kann darunter jeder Beitrag über Politik fallen - womit das Definitionsproblem auf den Begriff *Politik* übergeht.

Hans Mathias Kepplinger betrachtet hier als Indikator das Thema: Unter Politikberichte können demnach alle Beiträge fallen, deren Geschehnisse man den traditionellen Politikfeldern (z.B. den auswärtigen Beziehungen oder den inneren Angelegenheiten) - zuweisen kann. Für die Untersuchung in dieser Arbeit bietet sich solch eine Betrachtungsweise aus dem Grunde nicht an, da es offensichtlich ist, dass in einer Zeit ohne parlamentarische Sitzungen der Anteil der Politikberichte über innere Angelegenheiten an Präsenz in den Medien verliert. Zudem können nicht alle Ereignisse aus diesen Politikfeldern als politische Geschehnisse eingeordnet werden.

Alternativ dazu nennt Kepplinger die Politisierung des Geschehens. Demnach gehören zur politischen Berichterstattung „alle Beiträge über Geschehnisse, an denen Politiker beteiligt sind, die auf allgemeinverbindliche Entscheidungen durch

¹⁰ vgl. hierzu ausführlich: Sarcinelli, Ulrich, Politikvermittlung und Demokratie: Zum Wandel der politischen Kommunikationskultur, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S.11ff

¹¹ Koszyk, Kurt/Pruys, Karl Hugo (Hrsg.), dtv - Wörterbuch zur Publizistik, München 1969, S.247

politische Einrichtungen zielen. Zugriffskriterium ist hier die soziale Funktion des Geschehens,¹².

Diese funktionale Klassifikation kann eher als Grundlage für diese Arbeit dienen, da parlamentarische Arbeit nach der Beteiligung ihrer Akteure, dem politischen Ereignis (z.B. Sitzungen, Verhandlungen, Entscheidungen) und dem politischen Ziel (z.B. Gesetze, Gesetzesvorlagen) untersucht werden kann. In der Operationalisierungsphase könnten daher diese Variablen näher bestimmt werden.

In dieser Arbeit soll unter *politischer Berichterstattung* jene durch die Massenmedien in die Gesellschaft projizierten Ereignisse verstanden werden, die mindestens einen parlamentarischen Akteur als Handlungsakteur des Fernsehbeitrages erkennen lassen.

3. Politikwissenschaftliche Relevanz

Das Thema dieser Magisterarbeit tangiert mehrere, wissenschaftliche Forschungsgebiete: Sowohl die politikwissenschaftliche Forschung, die Kommunikationswissenschaft, die Medienwissenschaft als auch die Soziologie.

Dabei ist, nach Meinung einiger Autoren wie Ulrich Saxter oder Barbara Pfetsch, dieser umfassende Bereich der politischen Kommunikation nach wie vor ein schlecht definiertes Forschungsfeld. Zwar entstanden vor allem in den letzten 10 Jahren zahlreiche Untersuchungen zu dieser Thematik, doch meist beschäftigten sie sich inhaltlich mit einer allumfassenden Analyse politischer Informationen in den Medien, nach den traditionellen Politikfeldern gegliedert, oder mit den Einflussmöglichkeiten politischer Akteure durch politische PR auf die Medien. Mit beiden Ansätzen war oft die Frage nach der Objektivität politischer Berichterstattung verbunden, in deren Beantwortung sich einige Wissenschaftler und Autoren meist in

¹² Kepplinger, Hans Mathias, Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft, Freiburg/München 1998, S.89f

einer (phantasiereichen) Vorstellungswelt verfangen, die praxisnahe Konzepte zwischen wissenschaftlichen Forderungen an die Medienakteure und einer möglichen, journalistischer Arbeit meist vermissen ließen.

Was die vorliegende Arbeit aus politikwissenschaftlicher Sicht interessant macht, ist der Versuch, politische Kommunikation im Sinne von Herstellung von Öffentlichkeit von politischen Themen aus einer Perspektive zu betrachten, die den Zeitraum der politischen Arbeit in ihrem parlamentarischen Rahmen vergleicht mit jenem Zeitraum, in dem dieser Rahmen fehlt. Wichtig sind daher auch die grundlegenden Interpretationsweisen des parlamentarischen Geschehens, die sich im Konstitutionalismus des 19. Jahrhunderts herausbildeten, und seither im Generationenwechsel tradiert wurden. Denn trotz des erwähnten schlecht definierten Forschungsfeldes der politischen Kommunikation sind dagegen die Konzepte von Öffentlichkeit und Demokratie schon „frühzeitig miteinander verflochten worden. Entsprechendes gilt für die Beziehungen zwischen Öffentlichkeit und demokratischem Parlamentarismus,¹³. Das Problem der Definition dieser Kommunikationsbeziehungen bleibt jedoch bestehen. Auch Ronneberger stellt fest, „(...)dass ja auch die Kommunikationswissenschaft und speziell die Wissenschaft von der öffentlichen Kommunikation nicht über eine umfassende und allgemein gültige Theorie verfügt, sondern dass sie es mit einer Vielzahl von theoretischen Ansätzen zu tun hat. Insofern ringt sie selbst mit der Problematik der Interdisziplinarität,¹⁴. Daher soll im nächsten Schritt zunächst der aktuelle Stand der Forschung zu dieser Thematik beleuchtet werden.

¹³ Marschall (Anm. 3), S.17; zur Definition von und Diskussion um Öffentlichkeit, siehe v.a. Hölscher, Lucian, Öffentlichkeit und Geheimnis. Eine begriffsgeschichtliche Untersuchung zur Entstehung der Öffentlichkeit in der frühen Neuzeit, Stuttgart 1979; Oberreuter, Heinrich, Parlament und Öffentlichkeit, in: Langenbacher, Wolfgang R. (Hrsg.), Politik und Kommunikation. Über die öffentliche Meinungsbildung, München/Zürich 1979, S.62-78

¹⁴ Ronneberger, Franz, Theorie der Kommunikationspolitik, in: Burkart, Roland/Hörnberg, Walter (Hrsg.), Kommunikationstheorien: ein Textbuch zur Einführung, Wien 1995 (2.Auflage), S. 192

4. Stand der Forschung

Wie bereits dargestellt sind Untersuchungen über das Verhältnis von Medien und Massenkommunikation in der Politischen Wissenschaft außerordentlich in Mode gekommen. Trotzdem wiesen in den letzten Jahren immer wieder Autoren wie Barbara Pfetsch darauf hin, dass dieses Verhältnis „zwar Gegenstand zahlreicher Visionen sei, dass es jedoch gerade hier an systematischer empirischer Forschung fehle“,¹⁵.

Vor allem der Mangel an systematischen, insbesondere international vergleichenden Längsschnittstudien wurde oft beklagt. Dabei seien gerade sie, so die Wissenschaftler, für die Untersuchung von Wandel im Bereich der politischen Kommunikation unverzichtbar. Thesen bzw. Aussagen über Veränderungen, z.B. der Personalisierung oder Mediatisierung in der Politik, stehen daher auch noch heute auf schwacher empirischer Grundlage.

Grundlegende geprägt wurde die Forschung durch die Thesen Marshall McLuhans¹⁶. Er suchte in den 70er Jahren nach Ansätzen, die die Beziehungen zwischen Medien und Politik erläutern konnten. Wurden die Medien bis zu seinen Veröffentlichungen meist nur als technischer Speicher und Transportmittel betrachtet, rückte er die jeweils auch spezifische Formen der Codierung und der Darstellung ins Zentrum der Überlegungen und Untersuchungen¹⁷. Demnach verlangte die Kommunikation über Medien vom Rezipienten zugleich ganz bestimmte Wahrnehmungs- und Decodierungsleistungen. „Das Medium ist die Botschaft,, so McLuhans Erkenntnis.

Mit der Zeit traten dann an die Stelle der diffusen Metapher vom Informationsfluss theoretische Konzepte, die den Vorgang der Informationsverarbeitung weiter präzisierten: Nachrichtenwertfaktoren, Medienformate, Nachrichten-

¹⁵ Kaase, Max, Demokratisches System und die Mediatisierung von Politik, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S.32

¹⁶ vgl. McLuhan, Marshall, Die magischen Kanäle, Düsseldorf/Wien 1968

¹⁷ vgl. dazu Schulz, Winfried, Politische Kommunikation: theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik, Opladen 1997, S.24ff

Schemata erweiterten die bisherigen Vorstellungen, und viele kommunikationswissenschaftlichen Studien konzentrierten sich diesen Konzepten folgend überwiegend auf medienspezifische Selektionskriterien, mediendramaturgische Elemente oder nutzen- und wirkungstheoretische Spezialaspekte¹⁸.

Auch die neu entstandene Disziplin der Publizistikwissenschaft interessierte sich nun vornehmlich für die Nachricht als publizistisches Phänomen, sah „Massenkommunikation als einen Prozess der Informationsverarbeitung (...) und [nutzte] dabei kognitionspsychologische Erkenntnisse,¹⁹. Diese Perspektive war jedoch nicht neu, sondern griff auf Ansätze und Arbeiten von Walter Lippmann aus den 20er-Jahren zurück²⁰.

Gegenwärtig ist der Forschungsstand der politischen Kommunikation vor allem dadurch gekennzeichnet, dass die Theorien der normativen Ansprüche an eine der Demokratie gemäße politische Kommunikation und die empirischen, sozialwissenschaftlichen Forschungen über deren realen Abläufe und Wirkungen kaum noch in wissenschaftlich tragfähiger Weise in Verbindung gebracht werden. Auf der einen Seite wird in den normativen Theorien der Politik und des Staatsrechts ein Ideal von Öffentlichkeit und politischer Kommunikation vorausgesetzt, das vor allem durch Gleichheit der Kommunikationschancen, Symmetrie der Kommunikationsverhältnisse, allgemeine Zugänglichkeit und argumentative Rationalität der politischen Öffentlichkeit sowie eine bloß vermittelnde Rolle der Medien geprägt ist. Auf der anderen Seite hat die empirische Kommunikationsforschung bisher zu jenen Ergebnissen geführt, die diesem normativ bestimmten Modell politischer Kommunikation in den meisten Punkten weitgehend widersprechen²¹. Dabei kann sich die empirische Forschung auf eine kaum mehr zu überschauende

¹⁸ vgl. Sarcinelli, Mediale Politikdarstellung (Anm. 6), S.40

¹⁹ Schulz, Politische Kommunikation (Anm.17), S.48; siehe dazu Lippmann, Walter, Public Opinion, New York 1922; auch Galtung, Johan/Ruge, Mari Holmboe, The structure of foreign news. The presentation of the Congo, Cuba and Cyprus crises in four Norwegian newspapers, in: Journals of Peace Research 2 (1965), S.65-91)

²⁰ vgl. Lippmann, Walter, Public Opinion, New York 1922

Zahl von Studien beziehen²². Innerhalb dieser Diskussion um das Verhältnis von Politik und Medien kann grundsätzlich heutzutage zwischen drei Theorien unterschieden werden:

- **Dependenzthese:** Sie besagt, die Politik sei heute in Abhängigkeit der Massenmedien geraten. Als das Prinzip der Öffentlichkeit im Laufe des 19. Jahrhunderts an Bedeutung gewann, verloren Regierung, Parlament und die Parteien ihren vorher exklusiven Zugang zum Volk, in dem die Presse nur als reines Übermittlungsorgan wahr genommen wurde. Heutzutage dagegen seien es die Massenmedien, die die politischen Themen durchsetzten²³.
- **Instrumentalisierungsthese:** Nach ihr sind die Medien abhängig von der Politik. Dieser zunehmende Autonomieverlust der Massenmedien, insbesondere der Funkmedien, ließe sich auf Instrumentalisierungsstrategien des politisch-administrativen Systems zurückführen²⁴.
- **Input-Output-Ansatz:** Heute orientieren sich die meisten Sozialforscher an diesem Ansatz von David Easton und Almond/Powell²⁵. Er beinhaltet Elemente der systemorientierten und der variablenorientierten Analyse. Die Aufmerksamkeit liegt gleichermaßen auf der Politik und der Kommunikation mit Inspiration durch Flussmodelle der Informationstheorie und Kybernetik. Demnach hat sich aus dem politischen und dem Mediensystem heute eine fast schon symbiotische Einheit gebildet. Information gegen Öffentlichkeit, lautet ein Leitsatz, der diese Verbindung beschreiben kann.

²¹ vgl. Meyer u.a. (Anm.9), S.17

²² Sarcinelli, Mediale Politikdarstellung (Anm.6), S.37

²³ vgl. Luhmann, Niklas, Die Realität der Massenmedien, Opladen 1995, 2. Aufl., S.1f und S.16ff

²⁴ vgl. hierzu Schatz, Heribert, Zum Stand der politikwissenschaftlich relevanten

Massenkommunikationsforschung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bermbach, U. (Hrsg.), Politische Wissenschaft und politische Praxis (Politische Vierteljahresschrift - Sonderheft 9), Opladen 1978, S.434-454

²⁵ zum Input-Output-Ansatz siehe Easton, David, The political system, New York 1953; Easton, David, A systems analysis of political life, New York 1965; Almond, Gabriel A./Powell, G. Bingham Jr., Comparative politics. A development approach. Boston/Toronto 1966

Sehr unterschiedliche Ansichten gibt es zudem „hinsichtlich der kommunikativen Relevanz von Politik und der politischen Relevanz von massenmedialer Kommunikation,²⁶ da die Untersuchungsebenen (Makro, Meso, Mikro) und die Untersuchungsgegenstände (Wahlen, Regierungskommunikation, PR, Nachrichten) zahlreich sind, „und die Erkenntnisinteressen, Fragestellungen und Methoden nicht zuletzt abhängig vom Verständnis und von der Definition von ‘Politik’ und von ‘Kommunikation’ [sind],²⁷.

5. Methode

Wie in den meisten Forschungsarbeiten und Untersuchungen bildet auch in dieser Arbeit die Inhaltsanalyse das empirische Fundament. Die Inhaltsanalyse als systematische Beschreibung von Aussagen gilt als zentrale Methode der Massenkommunikationswissenschaft, wenn nicht der gesamten Sozialwissenschaft. Nichtsdestotrotz bleibt gerade sie in ihrer Reliabilität und Validität umstritten. Trotzdem kommen die meisten Arbeiten über medienspezifische Inhalte, wie auch diese Arbeit, nicht um sie herum.

So folgt sie einer quantitativen Methodenorientierung und geht deduktiv an den Forschungsgegenstand heran. Aus den theoretischen Ausführungen aus Kapitel III. und IV. werden Hypothesen formuliert und anschließend ein geeignetes Kategoriensystem aufgestellt. Anschließend werden in einer Basisanalyse alle Inhalte (n=4921) des *heute-journals* in den ausgewählten Monaten der letzten 6 Jahre nach einem politischen Handlungsakteur im *Einzeltitel*, dem *Inhalt* und dem *Deskript* des Sendeprotokolls untersucht²⁸. Die daraus gewonnenen Beiträge (n=516) wurden nun dem Kategoriensystem zugeordnet und aus der Datenanalyse die für die Hypothesen relevanten Daten ausgewertet.

²⁶ Sarcinelli, *Mediale Politikdarstellung* (Anm.6), S.37

²⁷ Jarren, Otfried/Rudzio, Kolja, *Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen: Eine Einführung*, in: Jarren, Otfried (Hrsg.), *Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen*, Opladen 1994, S.13

Diese Vorgehensweise bietet gegenüber einer qualitativen Methodenorientierung den Vorteil, nicht in solch großem Maße dem „Vorwurf mangelnder Objektivität, Repräsentativität und daher Beliebigkeit,“²⁹ ausgesetzt zu sein. In der Praxis könnte jedoch einem Leser bereits in der Basisanalyse die Frage ins Auge fallen, wie man *objektiv* einem Fernsehbeitrag ein einziges Thema und einen Haupthandlungsakteur zuordnen kann. Diese Analyse erleichterte jedoch die Deskript-Angaben der Sendeprotokolle, die meist ein Thema und einen Akteur in den Mittelpunkt stellten.

6. Aufbau der Arbeit und Vorgehensweise

Beim Aufbau der Arbeit erschien eine Struktur *vom System ins Subsystem* sinnvoll. Im ersten Teil wird versucht, die Konzepte politischer Kommunikation, verstanden als einen Transformationsprozess politischer Inhalte über die Medien ins Publikum, zu beschreiben. Zunächst soll hierzu diskutiert werden, was im Hinblick auf diese Arbeit unter *Politik* verstanden wird, wie Politik im Fernsehen *stattfinden* kann, wie sich die Politikvermittlung im ZDF-heute-journal strukturiert, und wie man daher eine Eingrenzung und Definition politischer Inhalte der Berichterstattung ausarbeiten kann, die den empirischen Anforderungen aus der Fragestellung dieser Arbeit gerecht werden.

Ist das weite Feld politischer Themen dementsprechend eingegrenzt, will ich in einem zweiten Schritt darlegen, wie man nun politische Fernsehberichterstattung mit parlamentarischer Praxis in Zusammenhang setzen kann. Zunächst soll gefragt werden, was parlamentarische Praxis ist, wie die parlamentarische Praxis in der sitzungsfreien Zeit sich offenbart, welche Akteure man der parlamentarischen Praxis zuschreiben kann, und wie sich dann eine Verknüpfung kommunikations-

²⁸ vlg. Anhang 9a und 9b, S.88/89

²⁹ Atteslander, Peter, Methoden der empirischen Sozialforschung. 8., bearbeitete Auflage, Berlin/New York 1995, S.230

theoretischer Konzepte mit der parlamentarischen Arbeit darstellt.

Ein Idealfall wäre es, aus diesen Ausführungen zunächst - als Annäherung an die Hypothesen - ein Schema für die Analyse der parlamentarisch-politischen Beiträge zu finden, das eine Parallele aufweist zu einem von Harold D. Lasswell 1948 veröffentlichten und oft zitierten Aufsatz über die Struktur und Funktion von Kommunikation in der Gesellschaft, den er mit dem Satz einleitete: „A convenient way to describe an act of communication is to answer the following questions: Who - Says What - In Which Channel - To Whom - With What Effekt?“,³⁰.

³⁰ vgl. Lasswell, Harold D., The structure and funktion of communication in society. In: Lyman, Bryson (Hrsg.), The communication of ideas, New York 1948, S.37-51

III. POLITISCHE FERNSEHBERICHTERSTATTUNG

1. Politisch - Begriff und Dimension

Die Frage, was unter *Politik* zu verstehen ist, hat in der Geschichte der Wissenschaft zu unterschiedlichen Ansätzen, Theorien und Aussagen geführt. Ohne hier zu ausführlich die Logik des Politischen zu erläutern, soll zunächst im Rahmen dieser Diskussion eine Basis geschaffen werden, die einer Betrachtung des *Politischen* im Kontext seiner medialen Umsetzung erträglich erscheint.

Orientiert man sich an einer Definition von David Easton, die von Autoren wie Gerhard Lehbruch oder Niklas Luhman ins Deutsche übernommen wurde, dann versteht man unter Politik die *Produktion und Durchsetzung allgemeinverbindlicher Entscheidungen über die Gestaltung der Gesellschaft*. Ähnliche Definitionen weichen meist nur dahingehend ab, dass statt von Politik vom politischen Teilsystem gesprochen wird, und neben der Produktion und Durchsetzung noch die *Vorbereitung gesamtgesellschaftlich verbindlicher Entscheidungen* in die Definition miteinfließt³¹.

Gemein ist den meisten wissenschaftlichen Aufsätzen oder Veröffentlichungen, dass als *zentrale* Funktion der Politik in der modernen Gesellschaft die Herstellung allgemein verbindlicher Entscheidungen bei Problemen, die von anderen Systemen nicht gelöst werden können, angesehen werden³².

Ihrer konstitutiven Eigenart nach vollzieht die Politik diese Funktion dabei stets in drei Dimensionen.³³

- In der Polity-Dimension wird Politik als Institutionen- und Normengefüge aufgefasst. Eine Untersuchung über das Verhältnis Politik-Medien würde in dieser Dimension auf die

³¹ vgl. Meyer u.a. (Anm.9), S.31

³² vgl. Altmeyden, Klaus-Dieter/Löffelholz, Martin, Zwischen Verlautbarungsorgan und 'vierter Gewalt', in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S.101

³³ vgl. hierzu: Jarren/Rudzio, (Anm.27), S.13ff

Frage zielen, wie die Medien in das politische Institutionsgefüge eingebettet sind.

- Die Politics-Dimension betrachtet Politik als Konfliktaustragung. Aufmerksamkeit wird in dieser Dimension vor allem auf die politischen Akteure gerichtet. Eine Verbindung mit den Medien würde zur Fragestellung führen, welche Rolle sie und die Medienberichterstattung für das Kräfteverhältnis der politischen Akteure haben.
- Die Policy-Dimension erklärt Politik als Verarbeitung gesellschaftlicher Probleme. Die gestaltende und regelnde Funktion von Politik wird in den Mittelpunkt gerückt. Ein medienpolitischer Aspekt wäre hier die Frage, bei welchen Problembearbeitungen den Medien welches Ausmaß an Bedeutung zugemessen werden kann.

„Die Logik des Politischen kann also beschrieben werden als das Ringen um die Durchsetzung von Handlungsprogrammen (Policy) in Form eines politischen Prozesses (Politics) auf der Grundlage und im Rahmen des jeweils gegebenen politischen Gemeinwesens (Polity),³⁴. Dabei orientierte sich die stark normativ ausgerichtete Forschung meist auf die Polity-Dimension und die Frage, ob und wie die Medien heute in das Institutionengefüge passen³⁵. Im Zuge dieser Diskussion entwickelte sich die Auffassung von den Medien als vierte Gewalt im Staat.

Wie man diese drei Dimensionen auch gewichtet, Politik lediglich als Produktionsprozess verbindlicher Entscheidungen zu betrachten, würde den Rahmen dieser Arbeit nicht komplettieren. Denn politisches Handeln ist selbst in wesentlichen Teilen kommunikatives Handeln. Deutlich formuliert es Richard Münch: „Ein großer Teil des politischen Handelns ist heute öffentliche Kommunikation,³⁶.

³⁴ Meyer u.a. (Anm.9), S.33

³⁵ vgl. Jarren/Rudzio, (Anm.27), S.15

³⁶ Münch, Richard, Dialektik der Kommunikationsgesellschaft, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1992, S. 257

Die Ursache liegt im politischen System selbst begründet. Denn Politik ist in einer Demokratie zustimmungsbedürftig, bzw. wird zur Abstimmung gestellt. So entsteht Politik „unter heutigen Bedingungen erst durch ihre Vermittlung,³⁷. Das politische System wird selbstverständlich nicht aufgelöst, aber die politischen Akteure müssen in ihren Entscheidungen massenmediale Vermittlungspraktiken berücksichtigen.

Diese Erkenntnis führte zahlreiche Wissenschaftler dazu, politisches Handeln zu differenzieren. Murray Edelman unterschied als einer der Ersten die instrumentelle Ebene als Zweck-Mittel-Rationalität politisch Handelnder, und die expressive Ebene als emotionalisierende Interpretation des politischen Geschehens für das Publikum³⁸.

Edelman glaubte zudem aber nicht nur Veränderungen im Handeln politischer Entscheidungsträger zu erkennen, sondern auch eine Veränderung im politisch-administrativen System: „Wenngleich die politischen Institutionen ihre Entscheidungskompetenz behalten und aufgrund des nicht vorhandenen Sanktionierungspotentials der elektronischen Medien insoweit auch nicht von diesen eingeschränkt werden können, verlieren sie aufgrund der Entwicklung im intermediären System selbst sowie der sich unter Medieneinfluss verändernden Akteurs- und Publikumsrollen zunehmend an Thematisierungskompetenz - und damit letztlich auch an Handlungsspielräumen,³⁹. Diese These ist im Zuge dieser Arbeit insofern noch interessant, da sich im Forschungsablauf ein Bereich mit der Inszenierung politischer Ereignisse, mit den Möglichkeiten der

³⁷ Jarren, Otfried/Alt, Hans-Jürgen, Kommunikation - Macht - Politik. Konsequenzen der Modernisierungsprozesse für die politische Öffentlichkeit. In: WSI Mitteilungen 7/1997, S. 482

³⁸ vgl. Edelman, Murray, Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt a.M./New York 1976, S.1-22; ; in den 90er Jahren hat Ullrich Sarcinelli in seinen Aufsätzen über die Politik und Medien diesen Gedankengang verdeutlicht, indem er zwischen *Entscheidungspolitik* und *Darstellungspolitik* unterschied.

³⁹ Jarren, Medien-Gewinne (Anm.4), S.28f

Thematisierungs*manipulation*⁴⁰ politischer Akteure und Institutionen beschäftigt.

In bezug auf das *Politische* sei an dieser Stelle festgehalten, dass der politische Prozess nicht nur ein Entscheidungs-, sondern eben auch ein Kommunikationsprozess ist.

2. Politik und Fernsehberichterstattung

Wie und wie weit kann dieser politische Prozess nun in den Medien wiedergespiegelt und wiedergegeben werden?

Zunächst soll hierzu erläutert werden, warum Politik einer Öffentlichkeit bedarf.

Einen ersten Ansatz liefert die Arbeit von Helmut Quaritsch, der in den 70er Jahren schrieb, dass jede soziale Organisation ihr Dasein, ihre Ziele und Zielverwirklichungen dauernd vorweisen muss, um sich gegenüber Mitgliedern und Umwelt als sinnvoll, vertrauenswürdig und erfolgreich zu präsentieren⁴¹. Dies gilt auch, und besonders, für die politischen Akteure, da, wie bereits angesprochen wurde, politisches Handeln in Demokratien begründungs- und zustimmungspflichtig ist. Politische Akteure müssen nicht nur aktiv in der Entscheidungsfindung im Rahmen der politischen Institutionen und ihren eigenen Möglichkeiten mitwirken, sondern ihr Handeln legitimieren und in jenem Licht dastehen lassen, dass ihnen die Chance erhält, durch (Wieder-)Wahl weiterhin am politischen Prozess beteiligt sein zu können. Nach dem „Niedergang der Parteipresse“,⁴² finden die Regierungen, Parlamente, Parteien und Politiker diese Öffentlichkeit heutzutage primär in den Massenmedien. Für den Erfolg der Politik ist damit eben auch der Erfolg in den Medien zu einer funktionalen Voraussetzung geworden.

Doch nicht nur die politischen Akteure können von den Medien profitieren, auch der Bürger kann Nutzen aus der

⁴⁰ *Manipulation* soll hier ohne negativ Wertung verstanden werden, sondern lediglich die Möglichkeit darstellen, Einfluss zu nehmen

⁴¹ vgl. Quaritsch, Helmut, Probleme der Selbstdarstellung des Staates, Tübingen 1977

massenmedialen Kommunikation ziehen. Die Möglichkeiten, über politische Prozesse informiert zu werden, scheinen heute fast unbegrenzt. Erhielt man früher Informationen über gesellschaftliche Vorgänge primär durch das soziale Umfeld, durch Kontakte in der Arbeitswelt, der Familie oder im Freundeskreis, bedienen uns die Massenmedien heute an jedem Ort, zu jeder Zeit, mit einer Flut von politischen Berichten. Niklas Luhmann schien sich bereits sicher: „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien,“⁴³.

An diesem Punkt entfachte sich in der wissenschaftlichen Literatur, aber auch unter Journalisten und Politikern, im Lauf der letzten 20 Jahre eine manchmal hitzige Debatte. In ihrem Zentrum: Die Frage nach der Objektivität bzw. Realität massenmedialer Kommunikation. Während Wissenschaftler wie Winfried Schulz nach empirischen Untersuchungen Resümees zogen wie: „Die Fernsehrealität ist von der Realität weit entfernt,“⁴⁴, mehren sich heute die Stimmen, dass jede Kommunikation über Massenmedien nicht anders könne, als eine *eigene* Realität zu schaffen, da jedes Bild, jede Nachricht, jede Wortwahl schon eine Selektion darstellt, um die ein Journalist in der praktischen Arbeit nicht umhinkommt.

In bezug auf politische Prozesse gesetzt, wies Ullrich Sarcinelli darauf hin, dass zudem aufgrund der Unterschiede des politischen Systems und des Mediensystems die Sachlogik politischer Prozesse sowie die Darstellungslogik der Medien eigentlich auch nicht zu vereinbaren seien⁴⁵. Stefan Marshall verdeutlicht diesen Aspekt: „Politik versperrt sich in ihren Dimensionen vor allem den bildhaften Formaten: Sie ist weder in ihrer Struktur, ihren Prozessen, noch in ihren Inhalten hinreichend visuell. Vor allem die *politics*, die prozessuale

⁴² Kepplinger (Anm.12), S.162

⁴³ Luhmann, Realität (Anm.23), S. 9

⁴⁴ Schulz, Politische Kommunikation (Anm.17), S.51

Komponente, verschließt sich der bildhaften Vermittlung,⁴⁵. Wie kann dann jedoch Politik in den Medien stattfinden? Und kann dann von einer politischen Realität noch gesprochen werden?

Die Aussage Marshalls scheint nur auf den ersten Blick für jede politische Berichterstattung im Fernsehen fatal zu sein, da die journalistischen Akteure der Logik der politischen Prozesse nach etwas zeigen müssten, das sie nicht zeigen können. Doch bewegt man sich politischer Berichterstattung von Seiten kommunikationstheoretischer Ansprüche und Theorien zu, ändert sich die Bewertung der Tatsache, dass Politik, bzw. auch jede andere Realität, in ihrem Wesen nicht-fernsehtauglich ist. Denn aus Sicht eines kommunikativen Ablaufes geht es in der Politikvermittlung allein um die massenmediale *Vereinfachung* von Politik, nicht um die exakte Abbildung von Politik. Es geht sozusagen „um die Schaffung einer politischen Pseudoumgebung, die dann für die Politik gehalten wird,⁴⁷.

Die nächste Schwierigkeit, das Verhältnis von Politik und Fernsehen zu beschreiben, strukturiert sich aus dieser Pseudoumgebung selbst heraus. Denn gerade diese Umgebung ist nicht abgegrenzt: Sie konstituiert sich von einer Flut von politischen Ereignissen, die Tag für Tag passieren: „Sagen zu wollen, was jetzt in der Welt geschieht, ist demnach eine Anmaßung, die ihrer selbst zu spotten scheint,⁴⁸. Aus welchen Ereignissen diese Pseudoumgebung für eine Fernsehsendung nun geschaffen wird - innenpolitische Probleme, außenpolitische Konflikte, parteiinterne Entscheidungen etc. - ist auf journalistische Praktiken und Erfahrungen zurückzuführen, die in zahlreichen Studien untersucht wurden.

⁴⁵ vgl. Sarcinelli, Mediale Politikdarstellung (Anm.6), S.35-51

⁴⁶ Marschall (Anm. 3), S.61

⁴⁷ Sarcinelli, Ulrich, Massenmedien und Politikvermittlung - eine Problem- und Forschungsskizze, in: Wittkämper, G.W., Medien und Politik, Darmstadt 1994, S.479

⁴⁸ Ortega Y Gasset, José, Der Aufstand der Massen, Reibek bei Hamburg 1958, S.96

Genannt sei hier lediglich das Gate-Keeper-Modell⁴⁹ sowie das Konzept der Diffusionsmodelle⁵⁰.

Diese Studien gelangten unter anderem zu der Feststellung, dass Massenmedien Politik *mediatisieren* müssen, aber eine wichtige und oft notwendige Vermittlungsinstanz für politische Prozesse bleiben. Kennzeichnend für ihre Vermittlung politischer Sachverhalte und das dadurch entstehende Bild von Politik ist die Nachrichtenlogistik, der Visualisierungszwang und die Ereignisoberfläche, d.h. die wahrnehmbaren Erscheinungsformen politischen Handelns - meist 'sprechende Köpfe', wie es im Metier heißt. Und während der Journalismus so im Lauf seiner Geschichte seine eigenen Regeln zur Nachrichtenselektion, zur Beobachtung der Umwelt entwickelte, wurde er gleichzeitig immer rationeller betrieben (vor allem seit der Einführung des Privatfernsehens im Rahmen der Dualisierung 1983), unterhaltender gestaltet, marketinggemäßer geplant, „(...) damit aber auch in seiner publizistischen Verantwortung erschüttert,“⁵¹, so glauben Altmeppen und Löffelholz. Doch inzwischen wurden solche Äußerungen oft relativiert oder gar widerlegt. Sicherlich gewannen mit der Erhöhung des Selektionsdrucks vor allem Nachrichtenwertkriterien wie Neuigkeit, Überraschung, Dramatik und Negativismus für die Nachrichtenauswahl an Bedeutung⁵². Doch lässt dies Rückschlüsse auf das politische Ereignis zu, oder konzentriert sich die Forschung hier lediglich auf die journalistische Praxis und ein idealtypisches Bild einiger Politikwissenschaftler, wie Politik im Fernsehen *auszusehen habe?*

Durch Untersuchungen hat sich zunächst gezeigt, dass das *Ereignis* in der Politik neue Bedeutung gewonnen hat. „Nicht mehr Debatten, Abstimmungen und Entscheidungen

⁴⁹ zur Gate-Keeper-Forschung siehe Lange, Klaus, Das Bild der Politik im Fernsehen, Frankfurt a.M. 1981, S.43ff

⁵⁰ vgl. hierzu auch Schulz, Politische Kommunikation (Anm.17), S.38ff

⁵¹ Altmeppen /Löffelholz (Anm.32), S.98

stehen im Vordergrund, sondern die Scheinwerfer richten sich auf Ereignisse und Aktionen,⁵³. Doch impliziert dies noch keine Kritik an der Darstellung politischer Sachverhalte im Fernsehen, da sich die meisten Autoren einig darüber sind, dass in unserer medienbestimmten Gesellschaft dem Fernsehen das Element der Inszenierung immanent ist, vor allem im Bereich der politischen Kommunikation. Es sei daran erinnert: Das Wesen der Politik verschließt sich aufgrund seiner Logik einer bildhaften Vermittlung⁵⁴. Wie soll ein von der Bundesregierung erlassenes Gesetz seiner politischen Logik nach im Fernsehen dargestellt werden: Durch das Abfilmen des Gesetzestextes?

Die Präsentation *symbolischer* Politik liegt jedoch nicht nur im Visualisierungszwang politischer Ereignisse begründet, sondern auch an dem Umstand, dass oft die eigentliche Herstellung von politischen Entscheidungen -etwa eine nichtöffentliche Fraktionssitzung - nicht gezeigt werden kann⁵⁵, da Kameras von diesen Handlungsräumen ausgeschlossen bleiben.

So kann man Aussagen durchaus zustimmen, die kritisch von einer zunehmenden Visualisierung, Inszenierung, Dramatisierung, Personalisierung und Entpolitisierung in der Politikvermittlung sprechen. Doch die Autoren selbst bieten meist keine Lösungen an, wie die Medien einer realitätsgerechten Politik *gerechter* werden könnten. Denn „bei jeglicher Nachrichtenproduktion (...) wird Wirklichkeit nicht reproduziert bzw. abgebildet (...), sondern es wird *eine Wirklichkeit* - unter vielen möglichen - *konstruiert*,“⁵⁶ wie gezeigt wurde.

Eines wird dadurch aber deutlich und soll im Laufe dieser Arbeit, vor allem in der abschließenden Beurteilung der

⁵² vgl. Pfetsch, Barbara, Regieren unter den Bedingungen medialer Allgegenwart, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S.245

⁵³ Schnorbach, Norbert, Greenpeace-TV, in: Siller, Peter/Pitz Gerhard (Hrsg.), Politik als Inszenierung, Baden-Baden 2000, S.57

⁵⁴ vgl. ausgiebig Meyer (Anm.7), S.118

⁵⁵ vgl. Meyer u.a. (Anm.9), S.137f

⁵⁶ Lange, Bild der Politik (Anm.49), S.50

Ergebnisse, festgehalten werden: Man muss zwischen politischem Handeln und seiner Darstellung in den Medien unterscheiden. Zu welchen Ergebnissen die Empirie auch führt: Mit dieser Arbeit soll keine Wertung verbunden sein, ob innerhalb der medienspezifischen Selektionspraxis in der parlamentarischen Sommerpause Nachrichtenwertkriterien an Bedeutung gewinnen oder nicht. Es soll allein festgestellt werden, *ob* sich in den Themen Veränderungen zeigen lassen.

Allerdings wird im Forschungsablauf die Frage nach der *Relevanz* der Berichterstattung eine wichtige Rolle spielen, die durchaus mit einer (vielleicht idealtypischen) Unterscheidung zwischen Darstellungs- und Entscheidungspolitik verbunden ist. Doch letztlich, so auch die Thesen der wissenschaftlichen Literatur, entscheidet sich „der Einfluss der Massenmedien (...) nicht an der inszenierten symbolischen Politik (...). Letztlich kann er sich nur an der effektiven Entscheidungspolitik bewähren,⁵⁷.

Zusammenfassend sei festgehalten, dass das Verhältnis zwischen Politik und Medien durch einen kommunikativen Prozess gekennzeichnet ist, der gerade beim Fernsehen auf Merkmale der Visualisierung, Inszenierung und Mediatisierung politischer Ereignisse ausgerichtet ist und nicht *die* politische Realität abbildet, sondern *eine* Realität von vielen. Das Ergebnis dieser Tauschbeziehung Information gegen Publizität schlägt sich in den Fernsehnachrichten wieder, die selektiv Themen aus einer Flut von politischen Informationen nach eigenen Arbeitskriterien herausfiltern und gestalten.

3. Nachrichten-Berichterstattung im ZDF-heute-journal

„Der Begriff der Nachricht ist kein exklusiv publizistischer (...). Er meint nämlich nicht nur den publizistischen Vermittlungstyp Nachricht mit seiner spezifischen äußeren und inneren

⁵⁷ von Beyme, Klaus, Die Massenmedien und die politische Agenda des parlamentarischen Systems, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, in: Kölner Zeitschriften für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34, Opladen 1994, S.331

Erscheinungsform (Umfang und Stil), (...) sondern reicht darüber hinaus auch in den Gegenstandsbereich der Informations- und Kommunikationstheorie im Rahmen allgemeiner Sozialpsychologie sowie in den Gegenstandsbereich der Kybernetik und Information,⁵⁸.

In dieser Arbeit soll der Begriff der Nachricht im publizistischen Sinn verstanden werden, wonach als primäres publizistisches Ziel von Nachrichten in der Regel Information genannt wird. Dementsprechend wird „der Informationsgehalt einer Nachricht (...) im Rahmen der politischen Berichterstattung als das zentrale Qualitätsmerkmal klassifiziert,⁵⁹ wobei diese Diskussion wieder zu der Frage führen kann, welche Informationen im Rahmen eines politischen Ereignisses als der Realität *entsprechend* diesem Ereignis entnommen werden müssten.

Das ZDF selbst definierte Nachricht in ihrer Schriftenreihe 1979: „Nachrichten sind Mitteilungen über Ereignisse, Vorgänge und Zustände, die sich auf die Wiedergabe von Tatsachen beschränken und Anspruch auf Interesse in der Öffentlichkeit haben. (...) Mit diesem Ziel muss die Nachrichtengebung (...) umfassend, wahrheitsgetreu und sachlich sein,⁶⁰.

Bei der Frage nach den zentralen Informationen einer politischen Nachricht ist festzustellen, dass Massenmedien im journalistischen Alltag politische Informationen nach medienspezifischen Aufmerksamkeitsregeln selektieren⁶¹. Dabei sind die meisten Nachrichtenfaktoren bei genauerer Betrachtung nicht Merkmale von Ereignissen, sondern das Ergebnis ihrer journalistischen Verarbeitung. Und „je mehr eine Meldung dem entspricht, was Journalisten für wichtige und mithin

⁵⁸ Kutsch, Arnulf/Westerbarkey, Joachim, Zur Publizistischen Funktion von Nachrichten; in: Straßner, Erich (Hrsg.), Nachrichten, München 1975, S.12f

⁵⁹ Meyer u.a. (Anm.9), S.107

⁶⁰ Zweites Deutsches Fernsehen (Hrsg.), Information und Meinung im Fernsehen. ZDF Schriftenreihe, Heft 22 (Materialien zum Programm), Mainz 1979

⁶¹ vgl. Schulz, Politische Kommunikation (Anm.17), S.47

berichtenswerte Eigenschaften der Realität halten, desto größer ist ihr Nachrichtenwert,⁶².

Auch Östgaard hat geschrieben, dass letztlich die Journalisten versuchen, den Ereignissen Nachrichtenwert zu verleihen⁶³. Endogene und exogene Faktoren bestimmen dabei die Auswahl. Auch Hans Mathias Kepplinger hat nach seinen Input-Output-Analysen die Selektionsentscheidung der Journalisten in intrinsische (Auswahlentscheidung aufgrund von Nachrichtenfaktoren) und extrinsische Faktoren (subjektive Werte, formelle Weisungen, organisatorische Zwänge) unterschieden⁶⁴.

Ohne nach der Objektivität dieser journalistischen Selektion zu fragen, kann festgehalten werden, dass Nachrichten lediglich eine Politik-Illusion eines fragmentierten, politischen Geschehens wiedergeben⁶⁵. Da gleichzeitig, wie bereits erläutert, politische Ereignisse einer natürlichen Visualität widersprechen, sind Fernsehnachrichten, als Teil eines Inszenierungs- und Unterhaltungsmediums, auf Darsteller, Bühnen, und Bühnenbild angewiesen. Politischer Alltag in Fernsehnachrichten zeigt sich daher häufig als routinierter, ritualisierter Medienalltag: vorfahrende Limousinen, Händeschütteln, Zeremonien, kurze Debatten- und Redeausschnitte sowie der einträchtige Willkommensgestus am Kabinettstisch⁶⁶.

Die selektierten Nachrichten werden dem Massenpublikum schließlich in Nachrichtensendungen präsentiert. Diese „(...) dienen primär der Komplexitätsreduktion

⁶² Schulz, Winfried, Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg/München 1976, S.30

⁶³ vgl. hierzu Östgaard, Einar, Factors influencing the flow of news, in: Journal of Peace Research 2 (1965), S.39-63

⁶⁴ vgl. Kepplinger (Anm.12), S.106; siehe zu den damit verbundenen Gate-Keeper-Studien vor allem White, David Manning, The „gatekeeper,,: A case study in the selection of news, in: Journalism Quarterly 27 (1950), S.383-390; Lange, Klaus, Abbildung oder Konstruktion der Wirklichkeit ? Politik in Nachrichtenmedien, Stuttgart 1980, S.61ff; Flegel, Ruth C./Chaffee, Steven H., Influences of editors, readers, and personal opinions on reporters. In: Journalism Quarterly, 48 (1971), S.645-651

⁶⁵ vgl. Schulz, Politische Kommunikation (Anm.17), S.55; siehe v.a. auch Benett, W. Lance, News: The politics of illusion, New York/London 1988

und der Themensetzung (agenda setting),⁶⁷. Kernbestandteile der Nachrichtensendungen sind Beiträge. Beiträge kann man definieren als „ein Sendungsteil, in dem ein Ereignis behandelt wird, bei welchem in der Regel der/die Handlungsträger und/oder der Ort der Handlung konstant bleiben“,⁶⁸.

Im ZDF ging die erste Nachrichtensendung namens *heute* - zugleich mit dem Sendebeginn des neuen, öffentlich rechtlichen Senders - am 1. April 1963 auf Sendung. Im Zuge einer Programmstrukturreform am 1. Januar 1978 erweiterte der Sender sein Nachrichten-Angebot durch die Schaffung einer Journal-Sendung (*heute-journal*) im Abendprogramm⁶⁹. Auswahlkriterium der Beiträge sollte nicht mehr nur die Vollständigkeit, sondern das Setzen von Schwerpunkten sein⁷⁰. Demnach gehen „Journalsendungen (...) von der Konzeption aus, den Zuschauern neben den aktuellen Meldungen vor allem erläuternde und informierende Hintergrundbeiträge anzubieten“,⁷¹; es wird „der Spielraum für die Berichterstattung (...) erweitert“,⁷².

Bestandteil dieser Journal-Sendungen sind zum einen politische *Beiträge*, die von einem eigenen Autor angefertigt werden, Interviews des Moderators mit zugeschalteten Personen sowie ein im Studio vorgetragener Meldungsblock. Für diese Arbeit spielt dieser Hinweis deshalb eine Rolle, weil in die empirische Untersuchung lediglich die politischen *Beiträge* und die *Interviews* im *heute-journal* einfließen. Die Gründe hierfür

⁶⁶ vgl. Kamps, Klaus, „Zur Politik nach Bonn...“, - Politische Kommunikation in Fernsehnachrichten. In: Kamps, Klaus/Meckel, Miriam (Hrsg.), Fernsehnachrichten, Opladen 1998, S.41

⁶⁷ Meyer u.a. (Anm.9), S.163

⁶⁸ Lange, Bild der Politik (Anm.49), S.143

⁶⁹ zur Programmgeschichte siehe: Ludes, Peter, Programmgeschichte des Fernsehens, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, S.255-276; zu den Reformplänen der Programmdirektoren im Bereich der Nachrichtensendungen, siehe: „Wir öffnen das ZDF nicht nach,“, in: Der SPIEGEL vom 11.6.84, S.71-82

⁷⁰ Der damalige Miterfinder des heute-journals, Klaus Bresser, erklärte die Notwendigkeit dieser Sendung in einem Interview mit dem Hinweis, dass sich die Zuschauer damals von den Nachrichtensendungen nicht ausreichend informiert gefühlt hätten. Siehe dazu „Dürfen die das,“, in: Süddeutschen Zeitung vom 2.1.98, S.15

⁷¹ Strassner, Erich, Fernsehnachrichten: Eine Produktions-, Produkt- und Rezeptionsanalyse, Tübingen 1982, S.40

⁷² Muckenhaupt, Manfred, Spielarten des Informieren in Nachrichtensendungen, in: Hermann, Jan/Heygster, A.-L., Sprache im Fernsehen, Mainz 19881, S.227

werden an späterer Stelle in den Erläuterungen zum Forschungsablauf genannt.

4. Untersuchungseingrenzung

Seit im öffentlich-rechtlichen Fernsehen Nachrichtensendungen stattfanden, war es für das deutsche Fernsehpublikum und viele Wissenschaftler bis Mitte der 80er Jahre charakteristisch, dass die Sendungen inhaltlich als „Kopieranstalten der Selbstdarstellung des politisch-administrativen Systems,“⁷³ in der Öffentlichkeit angeprangert wurden.

Erst Ende der 80er Jahre weiteten sich Untersuchungen auf die Mediatisierung der Politik in den Medien und die *wechselseitigen* Beziehungen zwischen Politik und Fernsehen aus. Interessiert zeigte man sich vor allem darin, wann man einem Beitrag noch politische Inhalte zusprechen konnte und wann er als Politik-PR zu betrachten sei.

Um auf die grundlegende Fragestellung nach einer Abgrenzung der *politischen* Beiträge im heute-journal zurückzukehren, sei hier angeführt, wie in früheren Untersuchungen politische Beiträge definiert wurden.

Traditionell orientierte sich eine Zergliederung des Sachgebiets Politik an der gouvernementalen Ressortgliederung. Solange sich ein Beitrag einem Ressort - z.B. Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Außenpolitik - zuordnen ließ, floss er als *politischer Beitrag* in die Untersuchung mit ein. Für diese Arbeit scheint diese Unterscheidung jedoch nicht sinnvoll, da man keine empirisch belegbare Verbindung aufzeigen kann, warum beispielsweise ein außenpolitisches Thema in der parlamentarischen Sommerpause stattfindet. Denn als Konsequenz müsste gefragt werden: Findet dieses Ereignis nur in den Medien Raum, *weil* Sommerpause ist?

Einen anderen Ansatz, politische Beiträge zu definieren, liefern Herbert Schatz u.a. mit einer Studie aus dem Jahr 1977.

⁷³ Lange, Bild der Politik (Anm.49), S.187

Sie ordnen jeden Beitrag als *politischen* ein, wenn in diesem „Handlungsträger des politischen Systems aktiv und dominant beteiligt oder explizit adressiert sind,“⁷⁴. Allerdings müssen die Handlungsträger noch unterschieden werden. Versteht man nämlich unter Politik alles Handeln, das auf allgemeinverbindliche Regelungen zielt, gehört sowohl die institutionalisierte als auch die nicht-institutionalisierte Politik dazu. Zur institutionalisierten Politik gehören demnach die politischen Einrichtungen und ihrer Mitglieder (z.B. Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat), zur nicht-institutionalisierten dagegen gesellschaftliche Akteure (z.B. Großgruppen, Kleingruppen, Verbände, Gewerkschaften)⁷⁵.

Für die Fragestellung dieser Arbeit ist es jedoch sinnvoll, nicht-institutionelle Akteure von der Untersuchung auszuschließen. Denn ähnlich wie die Untersuchung nach Ressortgliederung kann bei dieser empirischen Untersuchung zwar analysiert werden, ob in der Sommerpause gesellschaftliche Themen oder Akteure in der politischen Berichterstattung auftauchen, es kann (bzw. soll hier) jedoch nicht untersucht werden, ob diese Ereignisse im Wirkungszusammenhang mit der parlamentarischen Sitzungspause stehen. Eine solche These würde im Umkehrschluss bedeuten, dass *genau* dieses Thema nicht in der politischen Berichterstattung aufgetaucht wäre, wenn parlamentarische Sitzungszeit gewesen wäre.

Natürlich kann man den Ausschluss gesellschaftlicher Akteure in dieser Untersuchung kritisieren, da z.B. gerade Bruns und Marcinkowski in einer breit angelegten Inhaltsanalyse nachgewiesen haben, dass das Akteurspektrum in der politischen Berichterstattung breiter geworden ist, vor allem zugunsten nichtetablierter gesellschaftlicher Gruppen im

⁷⁴ Schatz, Heribert/Adamczewski, Klaus/Lange, Klaus/Nüssen, Ferdinand, Fernsehen und Demokratie. Eine Inhaltsanalyse der Fernsehnachrichtensendungen von ARD und ZDF vom Frühjahr 1977, Opladen 1981, S.30

⁷⁵ Kepplinger (Anm.12), S.88

vorpolitischen Raum⁷⁶. Diese Entscheidung kann in meinen Augen aber einer exakten Fragestellung im Interesse dieser Forschungsarbeit nur zugute kommen.

Den bisherigen Ausführungen folgend sollen ergo als Untersuchungsgrundlage jene Beiträge und Interviews des heute-journals dienen, in denen die Handlungsakteure im Sendeskript der einzelnen Beiträge Akteure der institutionalisierten Politik sind.

Daher soll im nächsten Schritt erläutert werden, was unter parlamentarischer Arbeit und seinen institutionalisierten Akteuren verstanden wird.

⁷⁶ vg. dazu Bruns, Thomas/Marcinkowski, Frank, Politische Information im Fernsehen. Eine Längsschnittstudie zur Veränderung der Politikvermittlung in Nachrichten und politischen Informationssendungen. Schriftenreihe Medienforschung der Landesrundfunkanstalt Nordrhein-Westfalen, Band 22, Opladen 1997

IV. DER PARLAMENTARISCHE PROZESS INNERHALB UND AUSSERHALB DES „SOMMERLOCHS,,

1. Parlamentarische Arbeit

Um sich für den Forschungsablauf und der Operationalisierung dem Aspekt der Relevanz politischer Themen im Rahmen parlamentarischer Arbeit nähern zu können, soll nun zunächst der Bereich der parlamentarischen Praxis.

Als grundlegendes Konzept im demokratischen Parlamentarismus' fungiert die Kategorie Repräsentation⁷⁷. „Representation, taken generally, means the making *present in some sense* of something which is nevertheless *not* present literally or fact,,⁷⁸. Ihr Forum findet - in demokratischen Gesellschaften - diese Repräsentation im Parlament.

Da sich diese Parlamente im Lauf der Geschichte zu „Knotenpunkten im Netzwerk politischer Kommunikation,,⁷⁹ entwickelt haben, lassen sich heute auch im Konzept des Parlamentarismus Entscheidungspolitik und Darstellungspolitik unterscheiden. Zugleich formten sich innerhalb der parlamentarischen Arbeit Binnenstrukturen (Ausschüsse, Fraktionen, Arbeitskreisen) und komplexe Netzwerkbeziehungen (zwischen Regierung und Vertretungskörperschaft). Heutzutage sind das Parlament und seine Akteure geradezu zu Bestandteilen des politisch-administrativen Systems geworden. Die Ursache liegt in der Verlagerung des Gewichts des policy-making von der absolutistischen Regierung zum Parlament, durch die der Parlamentarismus professionalisiert wurde, und wodurch das Parlament in einen elitären, politischen Handlungsbereich gezogen wurde. Auch die Beziehung zwischen Parlament und

⁷⁷ vgl. Marschall (Anm. 3), S.40

⁷⁸ Pitkin, Hannah, The Concept of Representation, Berkeley 1967, S. 8f

Öffentlichkeit wurde dadurch beeinflusst. „Das Parlament entrückte der Gesellschaft und war nicht mehr länger der Garant von Herrschaftsöffentlichkeit, sondern es wurde selbst zur kontrollbedürftigen Herrschaftsinstitution,“⁸⁰.

Im Bereich der Entscheidungspolitik ist das Parlament heute ein in ein System von cheques und balances eingebundenes, mitsteuerndes und mitentscheidendes Organ, auf das die politischen Entscheidungsfindungen angewiesen sind, da dem Parlament ein formelles Letztentscheidungsrecht zufällt⁸¹. Mit solchen Feststellungen soll dem Bürger nicht zu verstehen gegeben werden, das Parlament sei die „Regierung, jedoch bezeichnet der Begriff der Regierung „(...) ein Entscheidungssystem, zu dem neben dem institutionell definierten Regierungsakteuren auch das Parlament und die Verwaltung gehören können,“⁸². Dies wird verdeutlicht, wenn man sich die Funktionen des Parlaments betrachtet.

Grundsätzlich zielen „alle Funktionen des modernen Parlaments (...) darauf ab, politische Herrschaft, Regierung, seiner Legitimation zu unterwerfen,“⁸³. So ist das Parlament primär für die Regierungsbildung und die Regierungskontrolle verantwortlich. Im Rahmen dieser Aufgabe kann das Parlament auf Zitier-, Interpellations- und Untersuchungsrechte zurückgreifen.

Als weitere Funktion ist selbstverständlich die Gesetzgebung zu nennen. Zugleich, wie einleitend erwähnt, erfüllt das Parlament auch eine Repräsentationsfunktion, die man auch als Artikulations- bzw. Öffentlichkeitsfunktion benennen könnte. Im Rahmen dieser Aufgabe kommt der Plenardebatte die wichtigste Rolle zu. Sie „hat die Funktion, hinsichtlich des

⁷⁹ Patzelt, Werner J., Parlamentskommunikation, in: Jarren, Otfried, u.a. (Hrsg.), Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft, Wiesbaden 1998, S. 431

⁸⁰ Marschall (Anm.3), S.42

⁸¹ vgl. Oberreuter, Heinrich, Krise des Parlamentarismus ?, in: Matz, Ulrich (Hrsg.), Aktuelle Herausforderungen der repräsentativen Demokratie, Köln u.a. 1985, S.62

⁸² Pfetsch, Regieren (Anm.52), S.235

⁸³ Oberreuter, Heinrich, Was nicht in den Medien ist, ist nicht Wirklichkeit. Parlamente - Foren politischer Öffentlichkeit ? In: Bayerischer Landtag (Hrsg.), Colloquien zum Landesparlamentarismus II und III der Akademie für Politische Bildung, Tutzing/München 1996, S.108

Regierungshandelns Öffentlichkeit herzustellen und so, gewissermaßen über die Bande spielend, die öffentliche Meinung als Schwungrad oppositionellen Handelns zu mobilisieren. Erst recht gilt diese für die Nutzung von Pressekonferenzen, Namensartikel und Interviews,⁸⁴.

Durch diese Funktionsgliederung lässt sich auch die Arbeit der Parlamentarier unterteilen. Zum einen zielt sie auf allgemeinverbindliche Regelungen; sie stellt sozusagen den sachlichen Output eines Parlaments dar. Das Ergebnis dieser Aktivitäten schlägt sich primär in der Verabschiedung von Gesetzen und Verträgen nieder. Der zweite Typ von Aktivitäten ist die Vermittlung von Informationen an das Parlament, die Medien und die interessierte Öffentlichkeit. Zwar stehen diese Aktivitäten, z.B. wörtliche Beiträge in aktuellen Stunden, im Zusammenhang mit Sach- und Personalentscheidungen, die eigentliche Funktion geht jedoch dahin, die Aufmerksamkeit des Parlamentes, der Medien und der Bevölkerung auf bestimmte Themen und Aspekte zu lenken. Und: „Damit bietet sich den Parlamentariern zugleich die Möglichkeit der Selbstdarstellung,⁸⁵.

Verbunden mit dem Grundwissen der Legitimation politischer Macht in einer Demokratie, wird deutlich, dass Repräsentation „keine kommunikative Einbahnstraße,⁸⁶ ist. Die wichtigen Themen, die für das Funktionieren eines politischen Gemeinwesens relevant sind, müssen nicht nur im Parlament zur Sprache kommen, sondern das Wahlvolk muss dies wahrnehmen, „(...)was von Parlament und Parlamentariern ein neu akzentuiertes Rollenverständnis und zusätzliche Kommunikationsanstrengungen erfordert,⁸⁷.

Diese nach außen gewandte, auf *extrovertierte* Willensbildung abzielende Parlamentsaufgabe ist in den letzten Jahren immer

⁸⁴ Patzelt (Anm.79), S. 433

⁸⁵ Kepplinger (Anm.12), S.153f

⁸⁶ Herzog, Dietrich, Der Funktionswandel des Parlaments in der sozialstaatlichen Demokratie; in: Herzog, Dietrich/Rebenstorf, Hilke/Weßels, Bernhard (Hrsg.), Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie, Opladen 1993, S. 13-52

besser erkannt und Parlamenten als oberstem Organ ausdrücklich die Funktion als Politikvermittlern zugeschrieben worden⁸⁸.

Im Rahmen dieser kommunikativen Aufgabe kann die Arbeit des Parlaments zusätzlich unterteilt werden in die parlamentarisch-politische Öffentlichkeitsarbeit, zu der beispielsweise die Inszenierung kontroverser Parlamentsdebatten zählt, und die parlamentarisch-amtliche Öffentlichkeitsarbeit, die zum Großteil von der Parlamentsverwaltung und seinen Akteuren geleistet wird.

Durch den zugeschriebenen Bedeutungszuwachs der öffentlichen Kommunikation kann so auch im Bundestag zwischen Darstellungs- und Entscheidungsebene unterschieden werden. Deutlich wird der Einfluss der kommunikativen Funktionen an der Einrichtung von Debatten erster und zweiter Klasse. Debatten erster Klasse finden meist unter medialer (Fernsehen-)Aufmerksamkeit statt. Debatten zweiter Klasse liegen dagegen „im toten Winkel der Medienaufmerksamkeit. Im Schatten verkümmern dort jene Themen, denen das Steuerungsorgan der Verhandlungen, der Ältestenrat, geringere Bedeutung beimisst,“⁸⁹.

An dieser Stelle kann festgehalten werden, welche Auswirkungen kommunikative Aufgaben auch auf die Arbeit des Parlaments hatten. Die erforderliche Außendarstellung führte auch im Rahmen der parlamentarischen Arbeit zu einer Ausprägung von Entscheidungs- und Darstellungspolitik im parlamentarischen Prozess, was sich nicht nur auf politische Ereignisse, sondern auch den parlamentarischen Tagesablauf und die Struktur und Zusammensetzung der Akteure im parlamentarischen Ablauf in den letzten Jahrzehnten auswirkte. Diese Akteure rekrutieren sich in einem parlamentarischen Regierungssystem jedoch nicht nur aus der Legislative, sondern

⁸⁷ Patzelt (Anm.79), S. 435

⁸⁸ vgl. Herzog (Anm.86), S. 13-52

auch der Exekutive, wie der nächste Abschnitt verdeutlichen soll.

2. Parlamentarische Akteure

Man kann, wie die letzten Ausführungen über die Funktionen des Parlamentarismus und ihre Entwicklungen gezeigt haben, heutzutage in der Arbeit des Parlamentariers neben den *politischen* Entscheidungs-Aufgaben auch die Aufgabe erkennen, Kommunikation über die Medien herzustellen⁹⁰. Medienpräsenz wird daher für die politischen Akteure zur unverzichtbaren Machtprämisse, denn zustimmungsfähig kann nur werden, was auch öffentlich wird. Mit der Entwicklung des medialen Systems und der ausufernden Verhandlung politischer Themen und öffentlicher Angelegenheiten über die Medien eröffnete sich den politischen Akteuren daher viele Möglichkeiten, sich auf die Spielregeln der medialen Wirklichkeit einzustellen und sie für ihre Zwecke zu nutzen⁹¹. Innerhalb des parlamentarischen Alltags nützt vor allem die Opposition ihre eigene Kommunikationsdramaturgie - in Gestalt eines immer wieder geschickt vorbereiteten Gangs an die Öffentlichkeit, um eigene Inhalte und Vorschläge der Sach- und Entscheidungspolitik der Bundesregierung entgegenzusetzen und so der Bevölkerung politische Alternativen aufzuzeigen und damit die eigenen Wahlchancen zu erhöhen. Insofern geht es für die parlamentarischen Akteure neben der aktiven Mitarbeit im Feld der Entscheidungspolitik auch immer darum, über die massenmedialen Kanäle Zustimmung zur eigenen Position zu erzeugen.

Doch welche parlamentarischen Akteure finden nun in der politischen Berichterstattung die größten Chancen, medial wahrgenommen zu werden und - fast tagtäglich - in den Medien präsent zu sein?

⁸⁹ Bäuerlein, Heinz, Damit sich der Bürger ein Bild machen kann. Wie sich der Deutsche Bundestag auf Fernsehübertragungen einstellt, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1992, S.230

⁹⁰ vgl. Patzelt (Anm.79), S. 431

Zunächst ist festzuhalten, dass es im Zuge der Untersuchung dieser Arbeit nicht darum gehen kann, unter dem parlamentarischen Prozess lediglich die Aktivitäten der Abgeordneten des Bundestages zu betrachten, sondern sowohl Legislative als auch Exekutive als Bestandteil des parlamentarischen Prozesses zu sehen, der sein Forum im Bundestag findet.

Bezieht man die anfänglichen Überlegungen dieser Arbeit mit ein, so scheinen aus dem Kreis dieser Akteure meist die gleichen Akteure im Mittelpunkt des politischen Geschehens zu stehen. Werner Patzelt stellte hierzu die These auf, es verstellten „Regierungsmitglieder und Fraktionsvorständler (...) Spezialisten und einfachen Abgeordneten massenmediale Präsenz, weil das Journalisteninteresse sich nun einmal auf die politische Prominenz richtet,⁹². Diese These spricht damit für eine kleine Gruppe von *politischer Prominenz*,⁹³ die im Rahmen parlamentarischer Arbeit die Berichterstattung dominiert. Die Erzeugung, Benutzung und Weiterführung von Themen scheint in der medialen Wirklichkeit die Sache von besonders dafür ausgerüsteten, hauptberuflichen Politikern zu werden⁹⁴. Wenn dies zuträfe, könnte man von einer Hierarchie der medial-präsenten, politischen Akteure sprechen. Hierfür spricht auch eine Untersuchung von Ullrich Dübber, der feststellte, dass „über 450 Abgeordnete oder 90 Prozent aller Parlamentarier auf dem Wege über das Fernsehen indirekt von der Öffentlichkeit ferngehalten [werden],⁹⁵. Jene Hierarchie beginnt seinen Ausführungen nach im Parlament beim Bundestagspräsidenten und seinen Stellvertretern und setzt sich über die Fraktionsvorsitzenden, deren Stellvertreter, die Ausschussvorsitzenden, die der Arbeitskreise bis hin zu den

⁹¹ vgl. Pfetsch, Regieren (Anm.52), S.233f

⁹² Patzelt (Anm.79), S. 438

⁹³ vg. ausführlich Lange, Bild der Politik (Anm.49), S.93ff

⁹⁴ vgl. Luhmann, Niklas, Öffentliche Meinung. In: Luhmann, Niklas, Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung, Opladen 1971, S. 26

⁹⁵ Dübber, Ullrich, Neunzig Prozent ohne Resonanz. Das Bild der Bundestagsabgeordneten in Presse, Hörfunk und Fernsehen; in: Das Parlament, Nr. 32/33 vom 11./18.8.1979, S.17

Obleuten der Fraktionen in den Ausschüssen fort. Aus ihnen rekrutierten sich die 10 Prozent Fernsehelite. Vergleicht man ähnliche Aussagen wissenschaftlicher Literatur, so lässt sich die These formulieren, dass die Chance, öffentlichkeitswirksam zu agieren, hoch mit der Professionalität und Etabliertheit des Akteurs korreliert. Oder wie es der Bundestagsabgeordnete Heinz Westphal (SPD) 1987 formulierte: „Habe ich recht, (...) wenn ich sage, dass ein einziger Bundesminister genügt, um uns die ganze Fernsehzeit wegzureden ?“,⁹⁶

Kann im Verlauf der Untersuchung bestätigt werden, dass selbst in der parlamentarischen Sommerpause dieses Phänomen der *Präsenz durch Prominenz* erhalten bleibt, so schließt sich dann die Frage an, ob allein der Nachrichtenwert *Status* für die mediale Präsenz bestehen bleibt oder die politischen Akteure in jener Zeit, in der die parlamentarische Arbeit und demnach die Ebene der Entscheidungspolitik stark eingeschränkt ist, vermehrt zum Instrument der Inszenierung politischer Themen, greifen, um ihre mediale Präsenz auch zur Sommerzeit sicherzustellen; Inszenierung deshalb, weil die Politiker nicht nur unter einem Bekenntniszwang stehen - dem könnte man auch wie früher durch Presseerklärungen nachkommen - „sondern unter einem Zwang zur körperlichen Inszenierung“,⁹⁷. Denn „wollen die Politiker ihre Medienpräsenz kontrollieren, (...) nehmen sie die Inszenierung vorweg und stellen das, was sie tun oder auch nicht tun, selbst nach den Inszenierungsregeln der Selektion und Präsentation dar“,⁹⁸. Gerade in der sitzungsfreien Zeit, in der politische Entscheidungen von der Tagesagenda und die politische Aufmerksamkeit der Massenmedien partiell verschwinden, scheint das Element der Inszenierung das geeignete Werkzeug zu sein, um eine hohe Medienpräsenz

⁹⁶ Deutscher Bundestag und Bundesrat (Hrsg.), Verhandlungen des Bundestages – Stenographische Berichte und Dokumente, Band 142 (Plenarprotokolle 11/22-11/40, hier:11/28), Bonn 1987, S. 1888 A

⁹⁷ Dorer, Johanna, Die Bedeutung der PR-Kampagnen für den öffentlichen Diskurs. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.), PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit, Opladen 1996, S.66

⁹⁸ Meyer (Anm.7), S.119

erhalten zu können, da die Massenmedien die Aktivitäten der politischen Prominenz nie ganz aus den Augen verlieren.

Für die parlamentarische Sommerpause könnte das heißen, dass gerade in dieser Zeit „Politiker (...) nicht nur in ihrer Rolle im politisch-administrativen System, sondern auch in ihren privaten Rollen als Ehegatten, Eltern oder Hobbysportler wahrgenommen [werden],“⁹⁹, zumal, wie ein Journalist behauptet, „Medien (...) mit Personen, mit Helden und Schurken und auch mit verlassenen Frauen, Politik nun einmal leichter vermitteln können,“¹⁰⁰.

Für den Forschungsablauf wird daher interessant und relevant, zum einen ein Kategoriensystem der politischen *Prominenz* und *Nicht-Prominenz* zu entwickeln und zu untersuchen, ob die mediale Präsenz in der Sommerpause die gleiche ist wie in der parlamentarischen Zeit, und zum anderen, ob das Element der Inszenierung in der sitzungsfreien Zeit in den Berichten über parlamentarische Akteure zunimmt. Bei der Frage nach der politischen Prominenz sollen im Rahmen der parlamentarischen Akteure und unseres parlamentarischen Regierungssystems wie erwähnt sowohl die Akteure der Legislative als auch der Exekutive in den Forschungsablauf einbezogen werden. Zum einen ergibt sich das aus der Beteiligung der Exekutive an parlamentarischen Prozessen (Debatten, Verhandlungen, Darstellung der eigenen Position), zum anderen komplettieren erst die Regierungs-Mitglieder eine sinnvolle Operationalisierung der politischen Prominenz in den Nachrichtenbeiträgen.

3. Parlamentarische Arbeit und Fernsehberichterstattung

Die bisherigen Ausführungen sollen deutlich machen, dass es in der Untersuchung dieser Arbeit nicht darum gehen soll und kann, die Berichterstattung aus einer Ressortpolitik-orientierten Sichtweise zu sehen. Vielmehr soll im Kern festgestellt werden,

⁹⁹ Marschall (Anm.3), S.62

¹⁰⁰ Hofmann, Gunter, Die Schröders - ein Medienkrieg. In: Die Zeit vom 15.August 1997, S.4

ob politische Berichterstattung, ressort-unabhängig, sondern akteurs-orientiert, in der Zeit der parlamentarischen Sommerpause Veränderungen aufzeigt, die darauf zurückzuführen sind, dass politische Sach- und Entscheidungspolitik in der Sommerpause eingeschränkt ist und daher der Bereich politischer Inszenierungen der parlamentarischen Akteure zunehmen, um weiterhin medial präsent zu bleiben. Mit einer zunehmenden Inszenierung stellt sich dann die Frage, ob der thematische Inhalt, der dem politischen Ereignis übergeordnet ist, zugleich an Relevanz verliert.

Da eine parlamentarische Demokratie auf dem Vertrauen des Volkes basiert und Vertrauen ohne Transparenz, die erlaubt zu verfolgen, was politisch geschieht, nicht möglich ist¹⁰¹, könnte eine sinkende Relevanz der politischen Berichterstattung in der Sommerpause jedoch nicht mit einer *Entpolitisierung* der Berichterstattung gleichgesetzt werden. Denn auch die reine Publizität parlamentarischen Handelns ist zum Verfassungsprinzip geworden. Denn aus Artikel 20 des Grundgesetzes wird die Forderung abgeleitet, dass der gesamte Willensbildungsprozess für den Bürger durchschaubar sein und das Ergebnis vor den Augen der Öffentlichkeit beraten werden müsse¹⁰². Wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben, gehört eben auch die Darstellungspolitik heutzutage zum *täglichen Brot* der politischen Akteure. Betrachtet man diese Aufgabe aus einem systemtheoretischen Rahmen, so kann festgehalten werden, dass das zentrale Problem einer Untersuchung parlamentarischer Politikvermittlung heute darin besteht, „dass potentiell alle kommunikativen Aktivitäten, die innerhalb der Parlamente stattfinden, mit Politikvermittlung zu

¹⁰¹ vgl. hierzu das Urteil des BVerfGe 40, 296 [327]

¹⁰² vgl. Artikel 20 GG, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1995, S.22

tun haben bzw. in ihrem Sinne von Politikvermittlung verwendet oder interpretiert werden können,¹⁰³.

Fest steht bisher, dass diese „(...)Mediatisierung der Politik, die Anpassung der Verhaltensweisen von Politikern an die Bedürfnisse der Medien, (...) eine Folge der Tatsache [ist], dass die Berichterstattung von Presse, Hörfunk und Fernsehen zu einer funktionalen Voraussetzung für den Erfolg in der Politik wurde,¹⁰⁴. Doch nicht nur parlamentarische Akteure sind auf politische Inszenierungen angewiesen - weil Medien bei der eigentlichen Entscheidungsfindung (Sitzungen, Verhandlungen, informelle Gespräche) nicht immer anwesend sein dürfen, sondern selbst gesamt-parlamentarische Aktivitäten, wie Bundestagsdebatten, wurden im Lauf der Jahre der Fernsehberichterstattung angepasst, wie schon die Diskussion in der Selbstverständnisdebatte am 20. September 1984 ahnen ließ. Dort riet Manfred Langner (CDU): „Wichtig wäre, dass wir hier im Plenum bildschnittfähige Szenen entstehen lassen, die nach draußen gehen. Ich meine natürlich Szenen der Rede und Gegenrede, nicht Happenings,¹⁰⁵.

Zwar ist bis heute das Parlament - vielleicht zum Glück - nicht zum Wohnzimmer der Medien geworden, in dem der Hausherr *Fernsehen* die Akteure nach seinen Vorstellungen platziert. Allerdings wird von den Politikern heute meist stillschweigend akzeptiert, „(...) dass z.B. die Tagesordnung im Parlament auch mit Blick auf die Arbeitszeiten der Journalisten gestaltet wird. (...) Jeder Politiker kennt das und lernt, mit diesen Spielregeln der Massenkommunikation umzugehen,¹⁰⁶. Die Medien nahmen dies wohlwollend zur Kenntnis, und bald fixierte sich die Medienberichterstattung auf das Plenum. Die eigentliche, faktische Arbeit geriet dabei, so Werner Patzelt, ins

¹⁰³ Czerwick, Edwin, *Parlamentarische Politikvermittlung*, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft*, Bonn 1998, S.254

¹⁰⁴ Kepplinger (Anm.12), S.157

¹⁰⁵ Deutscher Bundestag und Bundesrat (Hrsg.), *Verhandlungen des Bundestages – Stenographische Berichte und Dokumente*, Band 129 (Plenarprotokolle 10/81-10/95; hier: 10/85), Bonn 1984, S. 6209 C

Hintertreffen und wurde kaum zum Gegenstand der Berichterstattung¹⁰⁷.

Diese Aussage charakterisiert auch jene Diskussion, die sich seit einigen Jahren um das Verhältnis Politik und Medien dreht: Wieweit dürfen politische Inszenierungen reichen, die auf die Arbeitsweise und Selektionslogik der Medien zielen, um noch als politisch gelten zu dürfen?

Natürlich koppelt die Konkurrenz um Aufmerksamkeitsanteile an der öffentlichen Kommunikation die parlamentarische Außenkommunikation an die Eigenlogik des Mediensystems. Zugleich wurde erkannt „(...) dass der massenmedialen Berichterstattung gerade auch im politischen Bereich eine thematisierende und themenstrukturierende Bedeutung zukommt, dass sie damit Probleme oft erst politikfähig macht und letztlich zusammen mit dem politisch-administrativen System die politische Tagesordnung bestimmt“,¹⁰⁸.

Für die parlamentarische Arbeit bedeutete diese wachsende Bedeutung der Medien, dass im Lauf der Zeit besonders solche Aktivitäten zunahmten, deren Hauptzweck in der Information des Parlaments, der Medien und der Öffentlichkeit lagen und liegen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass zugleich der eigentliche, politische Entscheidungsprozess in seinen Grundfesten erschüttert wird. Denn nach wie vor erfüllen die parlamentarischen Akteure die Aufgaben des Interessenausgleichs, der Konsensbildung und Kompromissermittlung zwischen Mehrheitsfraktion(en) und Minderheitsfraktion(en). In öffentlichen Debatten und hinter verschlossenen Türen werden politische Probleme erörtert, diskutiert, ausgehandelt und letztlich immer noch zur Abstimmung gestellt.

¹⁰⁶ Clement, Wolfgang, Zur Mediatisierung der Politik und Politisierung der Medien. In: Hoffmann, Hilmar (Hrsg.), Gestern begann die Zukunft. Entwicklung und gesellschaftliche Bedeutung der Medienvielfalt. Darmstadt 1994, S. 33f

¹⁰⁷ vgl. Patzelt (Anm.79), S. 438

¹⁰⁸ Sarcinelli, Massenmedien (Anm.47), S.472

Interessant ist für diese Arbeit dagegen die Frage, wieweit sich die Medien politischen Inszenierungen annehmen, wenn die parlamentarische Arbeit und die Möglichkeit, über sie zu berichten, eingeschränkt ist. Spiegelt sich die sitzungsfreie Zeit - die vom Ältestenrat festgelegt wird¹⁰⁹ und sich in etwa über den Zeitraum von der 28. - 37. Kalenderwoche erstreckt - in der (sinkenden) Anzahl und der (geringeren) Relevanz jener Themen wieder, die man mit parlamentarischen Akteuren in Verbindung bringen kann ?

Obwohl Bundestags- und Bundesratssitzungen in der Sommerpause nur in besonderen Fällen (Sondersitzungen) einberufen werden, scheint gerade der politischen Prominenz im Zuge der parlamentarischen Berichterstattung selbst in der Sommerpause „(...) ein Tag ohne Nachrichtenwert (...) nichts wert [zu sein]. Dies erklärt die pfundweise auch in der parlamentarischen Sommerpause eintreffenden Pressemitteilungen, die man zu Recht Waschzettel nennen kann,¹¹⁰“, stellte Hermann Herles von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Trifft es wirklich zu, dass die politischen Akteure auch in der Sommerpause die mediale Gegenwart und ihre Selektionslogik für sich nutzen und, wenn sie in den Medien auftauchen, die Relevanz ihrer politischen Anliegen sinkt ?

Andersherum kann auch gefragt werden: Wenn sich dies im Forschungsablauf bestätigt: Ist jene Kritik von Seiten der Medien nicht gerade deshalb unangebracht, weil sie es letztlich sind, die jene Themen in die politische Fernsehberichterstattung einfließen lassen? Schon Werner Patzelt forderte „eine viel größere Bereitschaft von Journalisten, nicht nur über parlamentarische Politik, sondern auch über die ihr zugrunde liegenden Kommunikationsstrukturen und -prozesse anders als

¹⁰⁹ Als Grundlage der zeitlichen Festlegung diente früher als Anfang der Ferienbeginn in NRW und als Ende der Sommerpause das Ferienende in Bayern; heute (2001) wird als Anfang der Ferienbeginn in Brandenburg und das Ferienende in Bayern als Grundlage genommen, wobei teilweise noch Sitzungen des Bundesrates in die ersten zwei Wochen der Sommerpause fallen

¹¹⁰ Herles, Hermann, „Auch im Sommer nimmt das Wegwerfen kein Ende,,“, in: FAZ vom 3.9.1979, S.7

aus der Schlüssellochperspektive denunziatorisch zu berichten,¹¹¹. Doch wie wir auch der Logik des Politischen und der Logik des *Bild*-Mediums Fernsehen festgestellt haben, sträuben sich politische Sachverhalte und Entscheidungen der Logik politischer Institutionen und der politischen Entscheidungsfindung hinter verschlossenen Türen. Ganz im Gegenteil fördert die Medien-Logik gerade bei den visuell ausgerichteten Medien auf der Präsentationsebene theatralische Inszenierungen. Thomas Meyer behauptet darüber hinausgehend: „In der Mediendemokratie inszenieren Politiker die Darstellung von Politik ohne deren Herstellung. Mit der inszenierten Darstellung, die bestimmten Inszenierungsregeln folgt, soll beim Publikum eine Vorstellung von Politik erzeugt werden, die des Bewusstseins über deren Herstellung entbehrt. Die Herstellung kann prinzipiell entfallen,¹¹². Diese (provokante) These spielt für diese Arbeit deshalb noch eine Rolle, da im Forschungsablauf operationalisiert werden muss, wann man von einer politischen Inszenierung sprechen kann, in der der Bereich der Entscheidungspolitik entfallen ist. Um nun die gestellten Fragen zu präzisieren, soll im nächsten Schritt die erste Annäherung zur Hypothesenbildung erfolgen.

4. Hypothesenannäherung

Barbara Pfetsch schrieb 1998: „Unkonventionelle und außerparlamentarische Akteure und Themengruppen (Single-Issue-Bewegungen) können ihre Botschaften strategisch an die neuen Medienstandardisierungen anpassen und ihre Sichtbarkeit in den Medien steigern,¹¹³. Da gerade in der Zeit der parlamentarischen Sommerpause die Masse an innenpolitischen Entscheidungen und Themen abnimmt, bietet sich für die angesprochenen Akteure gerade in dieser Zeit ein Freiraum, den sie mit eigenen Inhalten oder Inszenierungen füllen können.

¹¹¹ Patzelt (Anm.79), S. 439

¹¹² Meyer (Anm.7), S.117

¹¹³ Pfetsch, *Regieren* (Anm.52), S.246

Zudem haben zahlreiche Studien bewiesen, dass es zwischen der Ausweitung der Politik und der Ausweitung der Politikberichterstattung komplexe Beziehungen gibt¹¹⁴. Eine Untersuchung Keplingers beispielsweise zeigte, dass im Lauf der Jahre der Anteil der Politikberichterstattung an der Deutschlandberichterstattung insgesamt stieg. Zweitens wurde dieser Anstieg vor allem durch eine Ausweitung der Berichterstattung über die institutionalisierte Politik hervorgerufen.

Für die folgende Untersuchung stellt sich damit der Umkehrschluss: Nimmt die politische Berichterstattung ab, wenn die institutionalisierten, politischen Aktivitäten abnehmen? Oder bleibt der Anteil politischer Beiträge gleich hoch - was bedeuten würde, dass die Medienakteure *andere* Themen aus dem politischen Raum suchen und finden?

Wenn in der parlamentarischen Sommerpause die Ebene der Sach- und Entscheidungspolitik auf parlamentarischer Ebene reduziert ist, triumphiert dann in dieser Zeit „die Kommunikationspolitik über die Sachpolitik,“¹¹⁵ innerhalb der politischen Berichterstattung? Wird vermehrt inszeniert von Seiten der politischen Akteure, und sinkt die Relevanz politischer Themen?

Welcher Wirkungszusammenhang ist nach den Ausführungen über das Parlament, seine Funktionen, seine Arbeitsweise, wahrscheinlich? Da in der parlamentarischen Sommerpause keine Sitzungen des Bundestages und Bundesrates, keine Sitzungen der Fraktionen im Bundestag, und keine Sitzungen auf Regierungsebene (Kabinettsitzungen) stattfinden, damit auch keine Gesetzesentscheidungen von diesen Akteuren aktiv vorbereitet oder beraten bzw. Gesetze von den politischen Institutionen erlassen werden können, scheint es zunächst einmal offensichtlich, dass durch ein reduziertes Angebot an Sachentscheidungen auf parlamentarischer Ebene im

¹¹⁴ vgl. Keplinger (Anm.12), S.91

¹¹⁵ Münch, Richard, Journalismus in der Kommunikationsgesellschaft, in: Publizistik, 38 (1993), S. 267

Verhandlungsprozess zwischen Exekutive und Legislative und zwischen Opposition und Koalition auch das Angebot an Fernsehberichterstattung darüber abnimmt.

Diese Grundfrage soll nun in der Beschreibung des Forschungsablaufes konkretisiert werden.

V. FORSCHUNGSABLAUF

1. Forschungsgegenstand und Darlegung des Untersuchungsmaterials

Trotz der bisher vorgestellten Theorien im Bereich der politischen Kommunikation muss man doch darauf hinweisen, dass es sich bei dieser Untersuchung um eine explorative Studie handelt. Denn relevante Forschungsarbeiten geschweige denn Theorien über die parlamentarische Sommerpause und ihren Einfluss auf die mediale Realität können dieser Arbeit nicht zugrunde gelegt werden.

Allerdings bietet sich dadurch auch ein gewisser Freiraum für den Forschungsablauf und die Hypothesenbildung.

Dem voraus geht zunächst die Begrenzung des Forschungsgegenstandes. Eine Theorie, die davon ausgeht, dass sich die parlamentarische Sommerpause auf die politische Fernsehberichterstattung auswirkt, muss sich natürlich an der medialen Realität messen lassen. Daher wurde als Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit das *ZDF-heute-journal* ausgewählt. Zum einen legt es aufgrund seines Journal-Charakters Themenschwerpunkte, um die es in dieser Untersuchung gehen soll, zum anderen konnte diese Arbeit den kompletten Zugang zum ZDF-Archiv nutzen.

Um grundsätzlich einen Wirkungszusammenhang nachweisen zu können, wurden jeweils vier Monate pro Jahr als Untersuchungsraum gewählt. Zum einen wurde hierzu der Monat, der im Zentrum der parlamentarischen Sommerpause liegt, selektiert: Der August. Als Gegenmonate wurden Monate ausgewählt, in der parlamentarische Arbeit stattfindet, und die zum einen vom August mindestens zwei Monate als auch untereinander mindestens einen Monat voneinander entfernt lagen. Damit wurde der Wahrscheinlichkeit aus dem Weg gegangen, dass sich Themen, die sich über einen tagelangen oder wochenlangen Zeitraum erstreckten, in zwei Monaten

anschießen konnten (z.B. Ende Februar/Anfang März). Zudem wurde der Monat Februar aufgrund seiner geringeren Zahl von Tagen grundsätzlich ausgeschlossen.

So wurden die Monate März, Mai und November als Gegenmonate zum August ausgewählt. Für diese vier Monate wurden nun aus dem ZDF-internen Archivsystem *TV-NEWS* alle 4921 Inhaltsangaben der Heute-Journal-Sendungen aus diesen Monaten über den Zeitraum der letzten 6 Jahre ausgedruckt (1995-2000).

Aus diesen Inhaltsangaben wurde in einer ersten Basisanalyse jene Sendeablaufblätter für die Untersuchung ausgewählt und ausgedruckt, die sich als Beitrag (ST=Stück) oder Interview (I) herausstellten. Auf die Meldungen im Nachrichtenblock wurde aus zwei Gründen verzichtet: Zum einen sollte es sich bei dieser Arbeit um die Frage nach *Themen* und *Themenschwerpunkte* handeln, die im *heute-journal* durch die Beiträge gesetzt werden. Zwar ist natürlich auch ein Nachrichtenblock mit Sprechermeldung der politischen Berichterstattung zuzuordnen, allerdings werden hier keine Schwerpunkte gesetzt und eigentlich nicht den Fernsehkriterien des bewegten Bildes Rechnung getragen. Zum zweiten liegen über den Meldungsblock keine kompletten, inhaltlichen Sendeprotokolle wie bei den Beiträgen und Interviews vor. Eine Untersuchung hätte daher anhand des reinen Sprechertextes vorgenommen werden müssen; dies hätte zu solch einer umfangreichen Sichtung der Sendungen geführt, dass eine Untersuchung über solch einen langen Zeitraum (6 Jahre) im Rahmen der Zeit zur Erstellung einer Magisterarbeit nicht möglich gewesen wäre.

Die Interviews wurden ebenfalls in die Untersuchung mit aufgenommen, da sie ein deutliches Bild in der Akteursstruktur der politischen Akteure im *heute-journal* widerspiegeln und ebenfalls thematische Schwerpunkte setzen.

Im nächsten Schritt wurden mit der Analyse der *Inhaltsangaben* der einzelnen Protokolle jene Stücke in die weitere Untersuchung aufgenommen, in der ein parlamentarischer

Akteur (laut dem erstellten Kategoriensystem) als Handlungsakteur auftauchte.

In folgendem Schritt wurden nun jene Stücke für die Untersuchung weiter ausgewählt, die sich auf die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland bezogen, bzw. in denen das Thema der innenpolitischen, parlamentarischen Arbeit zuzuordnen war. Denn außenpolitische Ereignisse müssen in Unabhängigkeit zur parlamentarischen Arbeit und Sommerpause in Deutschland gesetzt werden. Hierzu wurden die *Einzeltitle*, das *Deskript* und der erste zusammenfassende Satz des *Inhalts* der einzelnen Inhaltsprotokolle herangezogen¹¹⁶. Die Stücke, die im *Deskript* den *Internationalen Beziehungen* zugeordnet wurden, entfielen dem Untersuchungsmaterial.

Bestimmten innen- und außenpolitische Themen ein Stück mit parlamentarischem Akteur (z.B. Bundestag debattiert über Steuerreform und Beziehungen zu Jugoslawien), so wurde der innenpolitische Aspekt in die Untersuchung aufgenommen. Keine Beachtung fanden dagegen Stücke, die im *Deskript* als *Wahlkampf* titulierte wurden. Der Grund liegt abermals in dem Gedanken, dass Wahlkampf unabhängig vom parlamentarischen Ablauf stattfindet.

Als Verdeutlichung seien hier einige Beispiele an Stücken genannt:

- Bundestag oder -rat oder Gremien oder Parteien oder Fraktionen entscheiden oder diskutieren Gesetzesvorlage (Untersuchungsrelevant)
- Beitrag über die Auswirkungen eines Gesetzes (Untersuchungsrelevant, wenn mehrere parlamentarische Handlungsakteure im *Deskript* zu erkennen waren; ohne politischen Handlungsakteur entfiel der Beitrag (die Anzahl dieser Fälle war jedoch marginal)

¹¹⁶ siehe zur Anschauung der Sendeprotokolle Anhang 9a und 9b, S. 88/89

- Parteientscheidung über innenpolitische Sachthemen oder Personalfragen (Untersuchungs-Relevant, allerdings bei Personalthemen ohne „Relevanz,, wie später erläutert wird)
- Außenminister zu internationalen Beziehungen oder zum NATO-Einsatz deutscher Soldaten auf dem Balkan (Nicht relevant, da außenpolitisches Thema)

Durch die erwähnten Schritte ergab sich letztlich ein Untersuchungsumfang von 516 Beiträgen und Interviews, die auf der Grundlage des ausgearbeiteten Kategoriensystems nach inhaltsanalytischen, quantitativen Datenerhebungsverfahren analysiert wurden.

2. Hypothesen

Als nächster Schritt mussten geeignete Hypothesen für den Forschungsablauf entwickelt werden. Eine interessante Aussage aus Sicht der Medienakteure fand sich dabei in der Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ: „Es veröffentlichen und treten alle Sommer im Bonner Sommertheater immer wieder diejenigen Politiker wie Möllemann oder Todenhöfer auf, denen der Verein der ‘Bundes-pressekonferenz’ eines Tages die ‘Saure Gurke in Gold’ verleihen will; aber es machen sich auch unbekanntere Abgeordnete bemerkbar, und wenn dies über die Pressemitteilungen ihrer Fraktionen nicht geht, dann bringen sie sich wenigstens in den Spalten ihrer Heimatzeitung in Erinnerung,¹¹⁷.

Diese Äußerung führt, in Verbindung zu den Ausführungen über Politik und Medien, bzw. parlamentarische Arbeit und Fernsehberichterstattung, im Kern zu der Hypothese, der diese Arbeit auf den Grund gehen möchte: Die parlamentarische Sommerpause wirkt sich auf die politische Fernsehberichterstattung aus.

Es sei erinnert, dass in der sitzungsfreien Zeit der mögliche Rahmen politischer Berichterstattung über Sach- und

¹¹⁷ Herles (Anm.110), S.7

Entscheidungspolitik eingeschränkt ist, die politischen Akteure aber auch weiterhin die Legitimität ihrer Arbeit über Kommunikation und Medienpräsenz bestätigen können. Daraus lassen sich folgende Thesen gewinnen: Entweder tauchen auch in der parlamentarischen Sommerpause die gleichen Politiker im gleichen Maß in der Fernsehberichterstattung auf. Dann ist zugleich davon auszugehen, dass die Themen, die sich um diese Politiker ranken, an Relevanz verlieren, da das *Angebot* an Sach- und Entscheidungspolitik in der innerdeutschen Politik stark eingeschränkt ist. Damit könnte man ebenso davon ausgehen, dass Politiker versuchen, das Mittel der Inszenierung zur Erhaltung der Präsenz in den Medien zu nutzen. Um diese Fragen soll sich im Kern der Forschungsablauf drehen. Dazu werden an dieser Stelle nun die zentralen Hypothesen formuliert:

Zunächst sollen die parlamentarischen Akteure im Mittelpunkt stehen. Aus einer reinen Logik des politischen Systems folgender Ansatz soll davon ausgegangen werden, dass mit schwindendem politischem Angebot auch die Berichterstattung schwindet. Daher lautet die Hypothese:

1. Im August nimmt in der politischen Berichterstattung im „heute-journal,, die Zahl der politischen Beiträge, deren Handlungsakteur der politischen Prominenz zuzurechnen ist, ab. Im Zuge einer geeigneten Kategorienbildung kann zugleich festgestellt werden, ob im Gegenzug die *Nicht-Prominenz* Anteile in der Berichterstattung gewinnt, ob es einfachen Abgeordneten beispielsweise in der parlamentarischen Sommerpause gelingt, verstärkt Medienpräsenz zeigen zu können. Über ein geeignetes Kategoriensystem kann zudem untersucht werden, ob sich Veränderungen in der Berichterstattung mit politischer Prominenz über die Institutionen oder Einzelpersonen, bzw. über die Legislative oder Exekutive, ausmachen lassen.

Als zweiter Punkt soll untersucht werden, ob jene Beiträge, die man der innenpolitischen Berichterstattung zuordnen kann, an

Relevanz verlieren:

2. *Die politische Berichterstattung im „heute-journal“, verliert im August an Relevanz*

Drittens soll geprüft werden, ob in der Sommerpause Politiker verstärkt mit Inszenierungen in der Berichterstattung auftauchen:

3. *Die Anzahl inszenierter Ereignisse nimmt im August in der politischen Berichterstattung im „heute-journal“, zu*

Diesen Hypothesen folgend musste nun der Forschungsgegenstand noch einmal genauer eingegrenzt und ein geeignetes Kategoriensystem entwickelt werden.

3. Handlungsakteure

Wie bereits erläutert wurde, ist „Personalisierung (...) auch eine notwendige Konsequenz demokratischer Regierungsweise, in der Herrschaft auf Zeit mit der Möglichkeit auch personeller Zuordnung von politischer Verantwortung verknüpft ist,¹¹⁸. Im Bezug auf die Inhalte politischer Nachrichtensendungen stellte dabei Klaus Lange schon 1980 fest, dass ein Großteil der aktuellen Nachrichtenberichterstattung aus immer wiederkehrenden Aktivitäten von einer Reihe von Spitzenpolitikern besteht¹¹⁹. Horst Holzer spricht gar von einer „Entschärfung politischer Information durch Personalisierung gesellschaftlicher Tatbestände,¹²⁰. Festzuhalten gilt, dass zahlreiche Untersuchungen der letzten 20 Jahre, die bereits angesprochen wurden, von einem *Amtsbonus* ausgehen, der die Chancen erhöht, von der politischen Berichterstattung beachtet zu werden. Otfried Jarren spricht in diesem Zusammenhang von einem „Eliten-Bonus,¹²¹. Seiner Meinung nach dominieren statushohe und prominente Akteure in der gesamten Medienberichterstattung. Auch Winfried Schulz stellte fest, dass

¹¹⁸ Sarcinelli, Massenmedien (Anm.47), S.483

¹¹⁹ vgl. Lange, Abbildung (Anm.64), S. 9

¹²⁰ Holzer, Horst, Gescheiterte Aufklärung ? Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland, München 1971, S.156f

jene Politiker den größten Zugang zur medialen Öffentlichkeit haben, die über einen hohen sozialen Status und politische Macht verfügen¹²². Aus journalistischer Sicht könnte ebenso gesagt werden, dass diese Akteure hohe Werte bei den Nachrichtenwertkriterien Status oder Bekanntheit aufweisen - „sie sind prominent“,¹²³.

Dem wurde oft entgegengehalten, dass Prominenz erst durch massenmediale Beachtung hergestellt wird. Boorstin spricht in diesem Zusammenhang vom *human pseudo-event* - Personen als Pseudo-Ereignisse, fabriziert nach dem Bedarf der Massenmedien¹²⁴. Dan Nimmo und James Combs interpretieren das Phänomen der *political celebrity*, der politischen Prominenz, als Phantasiefigur in einem fiktiven Medienmelodram¹²⁵. Unbestritten bleibt allerdings, dass die *politische Macht* eines Akteurs durch hohe Ämter zunimmt, die Akteure daher auch an Status gewinnen und für die Medien durch ihren Amtsbonus interessant werden. „Dies führt dazu, dass - ob auf der Regierungs-, Parlaments-, Fraktions-, Partei- oder Verbandsebene - immer nur einige wenige Akteure permanent medienpräsent sind,“,¹²⁶ behauptet Ullrich Sarcinelli.

In Bezug auf Hypothese 1 soll gefragt werden, ob sich diese Konzentration auf wenige Akteure auch in der parlamentarischen Sommerpause fortsetzt.

Da sich die Untersuchung der Beiträge aber nicht nur auf Einzelpersonen konzentrieren soll, sondern auch auf politische Institutionen, wurde der Begriff „Politische Prominenz“, definiert als *Akteure aus der Legislative oder Exekutive auf bundes-politischer Ebene mit Leitungsfunktion*. Da zudem der parlamentarische Prozess vor allem durch die Dualität Koalition-Opposition gekennzeichnet ist, damit auch die

¹²¹ vgl. Jarren, Otfried, Medien, Mediensystem und politische Öffentlichkeit im Wandel, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S.87

¹²² vgl. Schulz, Politische Kommunikation (Anm.17), S.51

¹²³ Marschall (Anm.3), S.62

¹²⁴ vgl. Boorstin, Daniel J., From News Gathering to News Making: A Flood of Pseudo-Events; in: Boorstin, Daniel J., The Image. A Guide to Pseudo-Events in Amerika, New York 1961, S.7-44

¹²⁵ vgl. Nimmo, Dan D./Combs, James E., Mediated political realities, New York/London 1983, S. 94

einzelnen Parteien Handlungsträger in diesem Prozess darstellen, wurden auch ihre institutionellen Strukturen in die Untersuchung aufgenommen.

Als Indikator für die Politische Prominenz diente die Leitungsfunktion der Institutionen oder Einzelpersonen.

Letztlich ergab sich dadurch folgende Kategorienbildung:

Die *Institutionen* gliederten sich in:

- Parteiliche Institution (Partei, Parteivorstand, Fraktion, Arbeitskreise der Parteien)
- Exekutiv-Institution (Regierung, Kabinett, Ministerium, Ausschüsse und Kommissionen der Exekutive)
- Legislativ-Institution (Bundestag, Bundesrat, Koalition, Opposition, Ausschüsse und Kommissionen im Bundestag oder Bundesrat)

Anschließend wurden die *Einzelpersonen* unterteilt:

- Exekutive:
 - Bundeskanzler
 - Bundesminister
- Legislative
 - Bundestagspräsident
 - Präsidiumsmitglieder des Bundestags
 - Ministerpräsidenten (da Bundesratsmitglieder)
 - Minister der Landesregierungen (da an der Bundesratsarbeit beteiligt)
- Vorsitzende von Ausschüssen oder Kommissionen
- Parteiebene
 - Parteivorsitzender
 - Vorstandsmitglieder einer Partei
 - Fraktionsvorsitzender
 - Mitglieder des Fraktionsvorstandes
- Generalsekretäre

Zugefügt wurden noch Abgeordnete mit ehemaliger Prominenz, da auch sie durch ihre ehemalige Leitungsfunktion in der Öffentlichkeit einen höheren Status haben dürften als Abgeordnete ohne Leitungsfunktion in ihrer Laufbahn

Um das Kategoriensystem zu vervollständigen, wurden nun noch jene Personen aufgeführt, die man der *Nicht-Prominenz* zuordnen kann, Personen aus der alltäglichen parlamentarischen Arbeit ohne nennenswerte Leitungsfunktion:

- Abgeordnete der Parteien
- Ausschussmitglieder
- Restliche Regierung (Staatssekretäre, etc.)
- Parlamentarischer Unterbau (Verwaltung, etc.)

Hinzugefügt wurde die Kategorie *Kein Einzelakteur*, wenn kein konkreter Einzel-Akteure im Inhaltsdeskript genannt wurde (z.B. „Bundes-Politiker reagieren auf Gesetzesvorlage,“). Für die Untersuchung der politischen Akteure laut Hypothese 1 spielten diese Beiträge keine Rolle, allerdings sollten sie aufgrund des thematischen Inhalts und der verbundenen Relevanz-Untersuchung nicht aussen vor gelassen werden.

Wurden in den Sendeprotokollen zwei Akteure im Zuge eines Verhandlungsprozesses (z.B. „Koalition und Opposition beraten über Asylrecht,“) im *Deskript* genannt, so wurden auch beide in das Kategoriensystem übertragen.

4. Relevanz

Als nächsten Punkt gilt es, für Hypothese 2 den Begriff der *Relevanz* zu operationalisieren. Hierzu wurde auf eine Untersuchung von Kepplinger aus dem Jahr 1998 zurückgegriffen.

Er definiert die Relevanz eines Themas über die unterschiedliche *Bedeutung* und *Tragweite*. „Der Begriff *Bedeutung* bezeichnet die Schwere der tatsächlichen oder möglichen Folgen eines Geschehens gemessen an seinen Auswirkungen auf die innere Ordnung und die

Lebensverhältnisse der Bevölkerung. Der Begriff Tragweite bezeichnet die Ausdehnung der Folgen eines Geschehens auf die Bevölkerung, die Zahl der betroffenen Menschen,¹²⁷. Die Kombination beider Dimensionen bildete bei ihm die Grundlage für eine Typologie der Relevanz der politischen Ereignisse.

Die Bedeutung und die Tragweite wurden in seiner Untersuchung mit Hilfe einer fünfstufigen bzw. sechsstufigen Skala ermittelt.

Die Bedeutung untergliedert sich dabei folgendermaßen:

■ **Größte Bedeutung:** Themen, die den Bestand der Verfassung oder zentrale Werte der Bevölkerung in ihrem Kern berühren, also substantielle Fragen. Hierunter fielen Verfassungsfragen, Themen der Landessicherheit (z.B. Abschaffung der Wehrpflicht)

■ **Große Bedeutung:** Themen, die zwar wesentliche, aber keine substantiellen Auswirkungen besitzen. Beispiele: Rentenerhöhungen, Steuerpolitik (Öko-Steuer, Gewerbesteuer, Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Solidaritätszuschlags etc.), Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosigkeit, Rentenpolitik, Gesundheitspolitik, Bundeshaushaltsfragen (z.B. allgemeine Steuerreformen, Sparpaket), Ausstattung und Größe der Bundeswehr, Rechtsextremismus, Umweltpolitik, Atompolitik, Asylpolitik, Bildungspolitik, Euro-Einführung, Justizpolitik

■ **Mittlere Bedeutung:** Themen, die wichtige, aber keine wesentlichen Auswirkungen zeigen. Beispiele: Homo-Ehe, Fragen zum Grenzschutz, Dauer der Wehrpflicht, Fragen zum Pflegedienst, Verkehrspolitik (Bahn und Straßenausbau), Tempolimit, Ausbildungsfragen, Doppelte Staatsbürgerschaft, Kohlepolitik, Gebührenerhöhungen oder -senkungen, Abschiebung oder Rückführung von Ausländern, Agrarpolitik

■ **Geringe Bedeutung:** Themen die keine wichtigen Aspekte der inneren Ordnung der Lebensverhältnisse betreffen. Beispiele: Heilmittel-Werbegesetz, Kulturpolitik, Ladenschluss, etc.

¹²⁷ Kepplinger (Anm.12), S.96

■ Keine Bedeutung: Entsprechende Auswirkungen sind nicht erkennbar (parteiinterne Entscheidungen Themen, die lediglich die politischen Akteure betreffen - z.B. Affären, Personalentscheidungen, Parteitage¹²⁸, Parteistrategien)

Unter Tragweite wurde als Indikator die Anzahl der betroffenen Bürger genommen: Demnach unterteilt sich die Tragweite in:

- Größte Tragweite: Gesamte Bevölkerung betroffen.
- Große Tragweite: Ereignisse, die sehr große Gruppen tangieren. Beispiele: Rentner, die Arbeitnehmer, Frauen, Steuerzahler, Autofahrer, Energieverbraucher, die Verbraucher, Bildungsbürger
- Mittlere Tragweite: Themen, die große Gruppen berühren. Beispiele: Mitarbeiter einzelner Branchen, Studenten, Azubis, Soldaten, Wehrpflichtige, Pflegebedürftige, Schüler, Asylanten, Ausländer, Jugendliche, Bauern
- Geringe Tragweite: Themen, die nur kleine Gruppen betreffen. Beispiele: Parteimitglieder (bei Parteienverbot beispielsweise), Homosexuelle, Mitarbeiter einzelner Firmen, Krankengruppen (z.B. Bluter z.B.), Grenzschrützer, Extremisten
- Sehr geringe Tragweite: Themen, die nur für einzelne Personen folgen haben. Beispiele: Spitzensportler
- Themen, die für keinen Bürger eine Bedeutung haben (bei internen Parteientscheidungen, Personalfragen auf Partei oder Institutionenebene, oder bei Beziehungen zwischen den politischen Akteuren, zwischen den politischen Institutionen oder zwischen einem Akteur und einer Institution - z.B. der Länderfinanzausgleich zwischen den Bundesländern)

Die Kombination beider Dimensionen bildete die Grundlage für eine Typologie der Relevanz. Diese Typologie der Relevanz spricht primär den Gedanken aus, wieweit Bürger durch eine politische Entscheidung (oder deren Vorbereitung)

¹²⁸ Allgemeine Parteitage wurden ohne Sachthema (sondern „Parteientscheidung„: Ohne Bedeutung für die Bürger) in die Untersuchung aufgenommen; bei Sonderparteitagen wurde dagegen das Thema, um das sich der Parteitag drehte, nach der Relevanz-Typologie eingeordnet

direkt betroffen sind. Die Relevanz orientiert sich damit nicht an einem wissenschaftlichen Diskurs über die Wertigkeit des politischen Geschehens, sondern auf mögliche Auswirkungen der parlamentarischen Arbeit auf die Bundesbürger.

5. Inszenierung

Wesentlich schwieriger fällt es, Hypothese 3 zu testen. Denn wie die Ausführungen über Politik und Medien gezeigt haben, liegt das inszeniererische Moment der politischen Arbeit inne, da die Theorien zwar eine Unterscheidung zwischen Entscheidungspolitik und Darstellungspolitik machen und Politik im Bereich der Darstellung durch die Anpassung der politischen Akteure an mediale Anforderungen (kurze O-Töne, symbolische Gesten etc.) durchaus als *mediatisiert* verstanden werden kann. Doch stellt sich die Frage, wann die Selbstinszenierung eines politischen Akteurs nicht mehr als *politisch* angesehen werden kann. Daher an dieser Stelle einige Vorklärungen zu dieser Frage.

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass zahlreiche Vorarbeiten zur Untersuchung inszenierter politischer Diskurse aus der Forschung vorliegen¹²⁹. Den Arbeiten, die sich für die Inszenierung im Fernsehen interessierten, ist gemein, dass sich alle Autoren im Klaren sind, dass das Fernsehen ein *Bildermedium* ist. Um seinen Formatkriterien zu entsprechen, muss es daher so viele Informationen wie möglich visualisieren¹³⁰. Diese Visualisierung findet primär über Personen, politische Akteure statt. Denn das Fernsehen kann zum Großteil gar nicht anders, als Politik zu personalisieren, „denn wie soll man eine Regierung, eine Partei oder das Parlament sonst darstellen ? Es kann nicht anders, als zu symbolisieren, denn wie sollte man beispielsweise das ‘Telekommunikationsdienstegesetz’ sonst vermitteln ? Es kann sich

¹²⁹ vgl. hierzu Edelmann (Anm.38); Sarcinelli, Ulrich, *Symbolische Politik*, Opladen 1987

¹³⁰ vgl. Pfetsch, Barbara, *Politische Fernsehwelten: Die Politikberichterstattung in den öffentlich-rechtlichen Sendern*; in: Jarren, Otfried (Hrsg.), *Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen*, Opladen 1994, S.115

nur auf 'Pseudoereignisse' (...) konzentrieren, denn bei den 'eentlichen' Ereignissen ist es nicht dabei,¹³¹. Interessant an dieser Aussage von Frank Marcinkowski ist, dass er von *Pseudoereignissen* spricht, damit aber keine inhaltliche, politische Wertung in Verbindung bringt. Demgegenüber kommen die meisten Autoren, die von politischen Pseudo-Ereignissen sprechen, zugleich zu dem Schluss, es handle sich dabei um inhaltsleere Ereignisse.

Grundsätzlich wurde der Begriff *Pseudo-Ereignis* von Daniel Boorstin 1961 geprägt. Er definierte Pseudo-Ereignis als „die Inszenierung von Informationsanlässen für die Berichterstattung,¹³². Die heutigen Autoren wie Winfried Schulz dagegen scheinen dem *Informationsanlass*, der einer Inszenierung beiwohnte, keine Aufmerksamkeit schenken zu wollen. Für sie gilt das Credo, dass viele politische Ereignisse allein zum Zweck der Berichterstattung inszeniert werden, da dies die für viele Organisationen und Akteure übliche und mitunter auch einzige Möglichkeit sei, von den Medien beachtet zu werden und Zugang zur Öffentlichkeit zu erhalten. Daher würden Pseudo-Ereignisse lediglich dem Zweck dienen, in die Medien zu kommen¹³³. Dass ein Ereignis inszeniert wird - *in Szene gesetzt wird* - bedeutet kausal jedoch nicht, dass es inhaltlich in keinem Zusammenhang mit einem politischen Prozess steht. Als klassische Inszenierung werden beispielsweise Pressekonferenzen genannt. Diese können jedoch - beispielsweise - im Zusammenhang mit Kabinettsitzungen stehen und somit keine isolierten Medienereignisse darstellen¹³⁴. Außerdem stellt sich die Frage, wie eine Partei z.B. über Personalentscheidungen, die hinter verschlossenen Türen stattgefunden haben, *berichten* soll außer auf Pressekonferenzen? Das Defizit vieler Studien liegt für mich daher in dem

¹³¹ Marcinkowski, Frank, Politikvermittlung durch Fernsehen und Hörfunk, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S.183

¹³² Boorstin (Anm.142), S.7-44

¹³³ vgl. Schulz, Politische Kommunikation (Anm.17), S.65

¹³⁴ vgl. Lange, Bild der Politik (Anm.49), S.96

Umstand, dass *Pseudo-Ereignisse* lediglich in ihrer medialen Struktur wahrgenommen wurden, aber keine inhaltliche Einordnung in politische, materielle Entscheidungsprozesse erfolgte.

Natürlich neigen in der heutigen Phase der Entwicklung der Mediendemokratie die zentralen politischen Akteure und ihre Beratungsstäbe in teils exzessivem Maße zu medienorientierten Inszenierungen. Doch werden in diesen Inszenierungen tatsächlich, wie Thomas Meyer behauptet, „ (...) die eigentlichen politischen Botschaften und deren informativer und argumentativer Gehalt meist nur sehr knapp thematisiert,¹³⁵? In einer entsprechenden Untersuchung, hier: in der Überprüfung von Hypothese 3, muss es darum gehen, welchen Handlungshintergrund ein Ereignis hat. Eine Pressekonferenz findet meist statt, um einen politischen Vorgang, den Stand von Verhandlungen oder Entscheidung der Legislative, Exekutive, einzelner Parteien oder Personen, mitzuteilen. Meist gibt es für diese Form der Darstellungspolitik keine, dem Bildmedium Fernsehen angemessene, Alternative. Informationsbesuche dagegen haben beispielsweise mit dem parlamentarischen Prozess im Sinne vom Ringen um Entscheidungen durch Verhandlungen nichts zu tun. Hier dienen die inszenierten Ereignisse eher dazu, die Medien für politische Selbstzwecke zu instrumentalisieren. Denn selbstverständlich gehören heute auch Ereignis- und Themenmanagement zum Standard-Instrumentarium politischer Akteure.

Die Gefahr dieses Ereignismanagements, das von den Medien gerne rezipiert wird, liegt darin, dass längerfristige, aber nicht minder bedeutsame Probleme, die allerdings weniger spektakulär von den politischen Akteuren und den Medien inszeniert werden, somit in den Hintergrund geraten. Die politische Tagesordnung wird auf diese Weise zu einem großen

¹³⁵ Meyer u.a. (Anm.9), S.22

Teil von Ereignissen bestimmt, deren Relevanz bei genauerer Betrachtung relativ gering einzuschätzen ist.

Orientiert man sich beim Begriff Inszenierung an Definitionen wie der von Ulrich Oevermann, der Inszenierung als das „bewusst und methodisch kontrollierte auf die Erzielung einer bestimmten Wirkung angelegte Gestalten eines Sachverhalts oder eines vorgegebenen Sinnzusammenhanges“,¹³⁶ dokumentiert, führt das für den Schwerpunkt dieser Arbeit am Thema vorbei. Denn in Bezug auf *Sommerlochthemen* und die Ausführungen über die parlamentarischen Akteure stellt sich im Sinne einer *Inszenierung* die Frage, ob Ereignisse inszeniert werden, die sich *nicht* der Entscheidungspolitik zuordnen lassen. Oder mit den Worten Thomas Meyers: „An der in der Erfahrungswirklichkeit der Politikvermittlung in den Massenmedien zu beobachtenden Inszenierungen des Scheins ist nicht die Inszenierung das Problem, sondern der Schein, der entsteht, wenn mediale Wirkungen erzeugt werden, die keinen Realbezug zur Wirklichkeit des Politischen erkennen lassen“,¹³⁷. Ullrich Sarcinelli spricht in diesem Zusammenhang von „bloßer programmloser symbolischer Placebo-Politik (...)“, in denen die Policy-Dimension nur zum Schein erfüllt ist,¹³⁸. Davon zu unterscheiden ist die in vielen Aufsätzen diskutierte symbolische Politik, definiert als „die strategische Gestaltung politischer Öffentlichkeit durch politische Akteure mit dem Ziel einer akzeptanz- und legitimationswirksamen Darstellung politischer Realität“,¹³⁹. Die damit verbundene Veränderung von Akteurskognitionen beinhaltet die antizipierten, bzw. gewollten Effekte der öffentlichen Darstellung von Politik¹⁴⁰.

In Bezug auf politische Inszenierungen muss gefragt werden, ob die Handlungen und Handlungsketten noch eine Verbindung zur

¹³⁶ Oevermann, Ulrich, Der Strukturwandel der Öffentlichkeit durch die Selbstinszenierungslogik des Fernsehens. In: Honegger, Claudia u.a., Gesellschaft im Umbau. Bern 1995, S.212

¹³⁷ Meyer u.a. (Anm.9), S.28

¹³⁸ ebd., S.33

¹³⁹ Dombrowski, Ines, Politisches Marketing in den Massenmedien, Wiesbaden 1997, S.17

¹⁴⁰ vgl. Kaase (Anm.15), S.49

herstellenden Politik haben, oder nur placeboartig Handlungszusammenhänge aufzeigen¹⁴¹.

Für die Überprüfung von Hypothese 3 wurden daher mit der Variablen *Materieller Entscheidungsprozess* alle politischen Beiträge erfasst, die keinen direkten Bezug zu einer konkreten Entscheidungsmaterie aufwiesen und in keinem ordnungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Output resultieren konnten. Hierunter fielen keine Ereignisse, die im Rahmen von Sitzungen, Verhandlungen, öffentlichen Diskussionen und der Darlegung des eigenen Standpunktes gewertet werden konnten. Ohne Bezug zu einem Entscheidungsprozess wurden statt dessen spektakuläre oder außergewöhnliche Ereignisse wie repräsentative Besuche von Politikern, Aktionsereignisse (z.B. Aktionstage), Eröffnungen von Veranstaltungen durch Politiker, oder Beiträge über private Aktivitäten von Politikern gewertet.

In Bezug auf die Fragestellung dieser Arbeit bietet sich solch ein (eng gefasstes) Kategoriensystem an, da mit ihm am deutlichsten festgestellt werden kann, ob in jener Zeit, in der der Output an politischen, parlamentarischen Entscheidungen abnimmt, vermehrt Ereignisse „inszeniert“, werden, die für den parlamentarischen Prozess („Ringen um Entscheidungen und das Darstellen der eigenen Position,“) nicht relevant sind. Strittig kann die Frage bleiben, wieweit solche Ereignisse wie Informationsbesuche doch dem Bereich der Darstellungspolitik zuzurechnen sind. Da solche Besuche allerdings nicht der Logik des politischen Prozesses folgen (Information nicht solche Besuche *bedingt!*), können sie der Logik dieser Arbeit folgend als Inszenierung ohne materiellen Entscheidungsprozess gewertet werden.

2.3 Themenstruktur

In einem abschließenden Schritt wurden für jeden Monat jene Themen skizziert, die länger als einen Tag in der

¹⁴¹ vgl. Meyer (Anm.7), S.117

Berichterstattung des *heute-journals* auftauchten. Dabei wurden alle Stücke nochmals in die Untersuchung aufgenommen und zusammenfassend für jeden Monat jene Themen aufgelistet, denen man mindestens zwei Stücke (Beitrag oder Interview) an mindestens zwei Tagen zuordnen konnte. Das 2-Tage-Kriterium folgt der Tatsache, dass oft an einem Tag zu einem politischen Ereignis noch ein Interview mit einem beteiligten politischen Akteur geführt wurde, dieses *Ereignis* allerdings auf einen Tag in der Berichterstattung beschränkt blieb.

Durch diesen Schritt konnte untersucht werden, aus welchen Bereichen sich die Themen in den einzelnen Monaten rekrutierten (z.B. Sachthemen, Parteiinterne Themen, Personalthemen oder -diskussionen). Anhand dieser Untersuchung konnte der Frage auf den Grund gegangen werden, ob sich im August bestimmte Themen als *Sommerlochthemen* herauskristallisierten¹⁴².

¹⁴² zur Strategie von Regierungen, solche Themen in der Öffentlichkeit zu forcieren, vgl. Mathes, Rainer/Freisens, Uwe, Kommunikationsstrategien der Parteien und ihr Erfolg. Eine Analyse der aktuellen Berichterstattung in den Nachrichtenmagazinen der öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten im Bundestagswahlkampf 1987, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans Dieter, Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1989, S.531-568

VI. FORSCHUNGSERGEBNISSE

In diesem Kapitel sollen nun die wesentlichen Forschungsergebnisse der Untersuchung dargestellt und abschließend diskutiert werden. Zur statistischen Auswertung muss erläutert werden, dass sowohl zunächst die einzelnen vier Monate analysiert wurden, als auch aus den Ergebnissen der drei Monate März, Mai und November ein Durchschnittswert errechnet wurde, den man als *statistisches Monatsmittel M/M/N* bezeichnen könnte und der dem Monat August gegenübergehalten wurde.

1. Handlungsakteur

Um Hypothese 1 zu prüfen, musste, wie gezeigt, der Schwerpunkt auf dem Handlungsakteur liegen¹⁴³. Da in der parlamentarischen Sommerpause davon auszugehen war, dass parlamentarische Akteure - sowohl Personen als auch Institutionen - von der politischen Bühne verschwinden, war anzunehmen, dass die Anzahl jener Beiträge mit politischer Prominenz in der Sommerpause abnehmen.

Diese Hypothese bestätigte sich in der Untersuchung, allerdings nicht in jenem Maße wie erwartet. Zudem wies das Ergebnis einen überraschenden Befund auf.

Nimmt man als Grundlage einer Beurteilung den statistischen Durchschnittsmonat (M/M/N), so sendete das Heute-Journal im Schnitt 65 Beiträge (46,4 %) im Monat mit einer prominenten Institution als Handlungsträger und 66 Beiträge (48,4 %) mit einer prominenten Person als Handlungsträger. Im August reduzierte sich zwar der Anteil der Beiträge mit prominenten Personen auf 60 Beiträge, vor allem aber war ein Rückgang im Bereich der Institution als Handlungsträger auszumachen: Nur noch 40 Beiträge ergab die Untersuchung des Augusts.

Dies hatte deutliche Auswirkungen auf die Prozentverteilung.

¹⁴³ vgl. für die Ergebnisse in diesem Abschnitt Anhang 1 (S.80), Anhang 3 (S. 82) und Anhang 4 (S.83)

Obwohl die Gesamtzahl der Beiträge mit prominenten Personen sank, stieg der prozentuale Anteil von 48,4% im M/M/N auf 58,8% im August - gegenüber nur noch 39,2% Beiträgen mit prominenten Institutionen als Handlungsträger (im August). Diese prozentuale Veränderung der Akteursverteilung ist primär auf den Rückgang an Beiträgen mit Institutionen zurückzuführen. Betrachtet man jedoch die Gesamtzahl der Beiträge, bestätigt sich die Hypothese. Es wird in der parlamentarischen Sommerpause sowohl weniger über Institutionen als auch prominente Personen berichtet, der Anteil der personen-bezogenen Beiträge steigt jedoch deutlich an.

Daran anschließend soll noch ein Blick auf die Ergebnisse laut Unterteilung der Institutionen und Personen geworfen werden.

Der Rückgang an Beiträgen mit Institutionen als Handlungsakteur lässt sich bei Betrachtung der Ergebnisse primär auf die schwindenden Beiträge über den Bundestag erklären. Wurde im Durchschnittsmonat M/M/N 18-mal über den Bundestag berichtet, sank diese Zahl im August auf ganze zwei Beiträge. Fast konstant blieb dagegen die Zahl der Beiträge über eine Partei als Handlungsakteur. Sie schwankte lediglich von 23 Beiträgen im August über 24 (Mai), 26 (März) bis 31 im November.

Bei den Einzelpersonen stellten sich ebenso wenig Veränderungen heraus. Bundesminister, der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten bestimmten in den vier Monaten das Bild der Berichterstattung. Im Schnitt standen in allen Monaten am meisten die Bundesminister im Zentrum der persönlichen Berichterstattung (M/M/N: 27,9%, August: 23,3%), vor dem Bundeskanzler (M/M/N: 12,6%, August: 15%) und den Ministerpräsidenten (M/M/N: 19,1%, August: 18,3%). Ein deutlicher Anstieg der Beiträge mit *Nicht-Prominenz* im August ließ sich nicht feststellen (März: 5, Mai: 4, November: 1, August: 4). Dass das Fernsehen in der parlamentarischen Sommerpause im Bereich der Themensetzung vermehrt der Nicht-Prominenz Raum einräumt, lässt anhand dieser

Untersuchung nicht bestätigen.

2. Relevanz

Da, wie die Ergebnisse über die Handlungsakteure zeigen, sich in der Sommerpause die Berichterstattung über politische Institutionen, vor allem dem Bundestag, reduziert, könnte man bereits davon ausgehen, dass auch die Relevanz der Themen abnimmt, da Gesetzesentwürfe oder -verabschiedungen eng mit der Arbeit der politischen Institutionen, v.a. dem Bundestag, verbunden sind.

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass sich im Lauf der Untersuchung herausstellte, dass die Ergebnisse über die Bedeutung und die Tragweite der Beiträge stark miteinander korrelierten. Das lässt sich auf das Kategoriensystem an sich zurückführen, da jene Beiträge, denen eine große Bedeutung beigemessen wurde, auch meist eine große Tragweite besitzen. Da viele Beitragsthemen großen Politikfelder (Steuerpolitik, Rentenpolitik, Wirtschaftspolitik) zugeordnet werden konnten (bzw. sollten), verband sich auch meist eine große Tragweite in der Bevölkerung. Da bei genauerer Betrachtung dieser Daten deutlich wurde, dass die Durchschnittsdaten der *Bedeutung* gegenüber jenen der *Tragweite* für alle Monate maximal zwei Beiträge auseinander lagen, (= max. 1,5%), wurden die Variablen *Bedeutung* und *Tragweite* direkt zusammengefasst zur Variable *Relevanz*. In ihr vereinigen sich die *Bedeutung* und die *Tragweite* jedes Beitrages in einem Durchschnittswert. Dazu musste allerdings im Bereich der *Tragweite* die Kategorie 5 (*Tragweite* nur für Einzelpersonen) gestrichen werden, was insofern problemlos erfolgen konnte, da kein einziger Beitrag dieser Kategorie zugeordnet werden konnte.

Für die Auswertung bot es sich weiter an, die Ergebnisse für sehr große und große *Relevanz* sowie für mittelgroße und geringe *Relevanz* zusammenzufassen, da man die ersten zwei Kategorien den umfassenden Gesetzesvorlagen und Politik

zuordnen kann, während die anderen zwei Kategorien kleineren Gesetzesentwürfen oder Unterbereichen der Politikfelder zuzurechnen waren (z.B. Kohlepolitik als Unterbereich der Energiepolitik). In die ersten zwei Kategorien entfielen zudem die meisten Themen, die sich finanziell auf die Bevölkerung auswirkten, bzw. auswirken konnten (Steuern, Renten). Diesen zwei Daten standen dann noch die Beiträge ohne (*keine*) Bedeutung gegenüber. Außerdem wurden in einem zweiten Schritt alle vier Kategorien *mit* Relevanz zusammengenommen und den Beiträgen *ohne* Relevanz gegenübergestellt¹⁴⁴.

Im Durchschnittsmonat M/MN lag damit eine sehr große bzw. große Relevanz bei 48 Beiträgen (34,1%) vor. Demgegenüber standen im August lediglich 27 Beiträge (26,5%) mit sehr großer oder großer Relevanz gegenüber. Auch die Zahl der Beiträge mit mittlerer oder geringer Relevanz nahm in der Sommerpause ab (M/M/N: 18 Beiträge / 13,3%; August: 10 Beiträge / 9,8%). *Keine* Relevanz erkennen ließen im M/M/N 74 Beiträge (53,6%), im August 67 Beiträge (65,7%). Damit bestätigt sich die Hypothese, dass in der parlamentarischen Sommerpause weniger über relevante Themen berichtet wird. Fasst man nun die Beiträge mit vorhandener Relevanz von sehr groß bis gering zusammen, ergibt sich ein noch deutlicheres Bild: Im Durchschnittsmonat M/M/N entfielen 66 Beiträge (46,2%) in diese Kategorie, im August dagegen lediglich 37 Beiträge (35,6%). Es wird deutlich, dass Themen, die für die Bevölkerung von direkter Bedeutung sind, in der parlamentarischen Sommerpause in der politischen Fernsehberichterstattung wesentlich seltener auftauchen. Allerdings ist die Verschiebung in den Prozentzahlen nicht allzu groß, was auf die reduzierte Anzahl an Beiträgen im August zurückzuführen ist, eine Abnahme in der absoluten Zahl an Beiträgen sich also nicht so stark auf den prozentualen Anteil an der gesamten Berichterstattung auswirkt. Jedoch steigt auch hier

¹⁴⁴ vgl. für die Ergebnisse in diesem Abschnitt Anhang 2 (S.81) und Anhang 5-8 (S.84-87)

der Anteil der Beiträge ohne Relevanz (*keine Relevanz*) vom Durchschnittsmonat M/M/N von 53,6% auf 65,7%, die absolute Zahl liegt im Monat M/M/N jedoch höher als im August (74 Beiträge gegenüber 67 Beiträgen), was für die grundsätzliche Verringerung der politischen Berichterstattung im Heute-Journal in der parlamentarischen Sommerpause spricht.

An dieser Stelle kann festgehalten werden, dass die Ergebnisse die Hypothese belegen, weniger politische Entscheidungen entsprechen weniger relevanten Beiträgen in der Berichterstattung in der parlamentarischen Sommerpause.

3. Inszenierung

Aus den bisherigen Ergebnissen könnte man die Schlussfolgerung ziehen - da prozentual vermehrt Einzelpersonen die weniger relevante Berichterstattung im August bestimmen -, dass der Anteil inszenierter politischer Ereignisse in diesem Zeitraum steigen könnte, da sie sich sowohl (meist) einer Einzelperson¹⁴⁵ als auch immer in der Untersuchung einem Thema ohne Relevanz zuordnen ließen. Zudem haben die theoretischen Ausführungen gezeigt, dass ein Hang zur Inszenierung den politischen Akteuren in der parlamentarischen Sommerpause durchaus entgegen käme. Können die Ergebnisse nun die gestellte Hypothese bestätigen¹⁴⁶ ?

Zunächst sei erwähnt, dass durch das enge Korsett der Operationalisierung *inszenierter Beiträge* nur eine geringe Anzahl von Beiträgen in die Kategorie *inszeniert* aufgenommen werden konnte - im März 13 Beiträge, im Mai 9 Beiträge, im November lediglich 5, was einem Schnitt von 9 Beiträgen im Durchschnittsmonat M/M/N entspricht (6,5%). Im August nun stieg die Zahl der Inszenierungen auf 21 Beiträge, prozentual sogar auf 20,6%; rund jeder fünfte Beitrag konnte als

¹⁴⁵ Ausnahmen bildeten in der Untersuchung nur offizielle Feiern, an denen die politischen Institutionen beteiligt waren, z.B. „Bundestag gedenkt Mauerfall,“

¹⁴⁶ vgl. für die Ergebnisse in diesem Abschnitt Anhang 2 (S.81)

Inszenierung in diesem Monat betrachtet werden. Damit bestätigte sich Hypothese 3.

Meist handelte es sich bei den Inszenierungen um Besuche einzelner Minister oder des Bundeskanzlers. Als Inszenierung, die sich über einen längeren Zeitraum erstreckte, konnte im Jahr 2000 eine Informationsreise des Kanzlers durch den Osten Deutschlands festgestellt werden. Zu den einzelnen Inhalten soll jedoch im nächsten Abschnitt deutlicher Stellung genommen werden.

An dieser Stelle kann festgestellt werden, dass sich die Vermutungen bestätigten, dass in der parlamentarischen Sommerpause nicht nur die politischen Akteure einen Hang zur Inszenierung erkennen ließen, sondern damit auch die Chance verbunden ist, über Inszenierungen in den Medien die persönliche Präsenz aufrechterhalten zu können.

Allerdings muss die geringe Anzahl der Inszenierungen erwähnt werden, die das Ergebnis doch auf schmale Säulen stellt.

4. Themen

Wie lassen sich diese Ergebnisse in Zusammenhang mit den Themen bringen, die in den Monaten in der Berichterstattung eine wesentliche Rolle spielten – Themen, die über mehrere Tage in der Berichterstattung des heute-journals auftauchten ?

Zusammenfassend sei gesagt, dass das Testen der Hypothesen zu dem Schluss führte, dass sich im August vor allem der Anteil an Beiträgen mit Institutionen als Handlungsträger in der politischen Berichterstattung reduzierte. Zwar wurde im Schnitt auch weniger über prominente Personen als Handlungsträger berichtet, der Anteil dieser Berichterstattung stieg allerdings um rund 10% an. Da die eigentlichen Entscheidungsträger bei politischen Prozessen meist Institutionen sind und seltener Einzelpersonen im politischen Prozess ausschlaggebend sind, verwundert nicht, dass auch im August die Relevanz der Themen abnahm, bzw. der prozentuale Anteil von Themen ohne

Relevanz, meist Entscheidungen innerhalb von Parteien oder Personalentscheidungen, dementsprechend zunahm.

Allerdings ließen die Relevanz-Ergebnisse der Monate März, Mai und November vermuten, dass sich innerhalb dieser Arbeitsmonate deutliche Unterschiede feststellen lassen. Der März zeichnete sich, wie Anhang 6 belegt, fast ebenso wie der August dadurch aus, dass in den Beiträgen keine Relevanz zu erkennen war. Betrachtet man allerdings, welche Themen bzw. Themenbereiche, die einzelnen Monate kennzeichnete, muss diese Einsicht relativiert werden.

Denn bei näherer Betrachtung stellte sich heraus, dass das Themengefüge in den Monaten März, Mai und November im Vergleich zum August ziemlich homogen. Während in jenem Monat der Anteil der inszenierten Ereignisse, z.B. Scharping besucht ein Segelschulschiff, Landesminister besuchen Schulen, die CDU richtet einen Aktionstag mit Rentenhotlines aus oder Trittin besucht einen Biohof, stark zunahm, fanden sachpolitische Themen kaum über einen längeren Zeitraum statt. Als *Themen* fanden sich in den August-Monaten beispielsweise eine Diskussion über den Umgang mit der PDS (1996), Berichterstattung über eine SPD-Wirtschaftstagung (1996), der Rücktritt von Theo Waigel (1997), allgemeine Wahlkampfthemen (1998), die Diskussion um den Rücktritt von Gerhard Schröder als wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD (1995)¹⁴⁷, eine bereits erwähnte Kanzlerreise in den Osten Deutschlands (2000), eine Diskussion um ein NPD-Verbot, verbunden mit der Diskussion um Rechtsextremismus (2000), die fortwährende Berichterstattung über die CDU-Spendenaffäre (2000), die Diskussion um ein Machtwort des Kanzlers zum Richtungsstreit innerhalb der SPD (1999) und lediglich im August 1996 eine längere Berichterstattung über die Steuerpolitik und das angekündigte Sparpaket der Bundesregierung.

¹⁴⁷ Die WELT bezeichnete diesen Vorgang als „Sommertheater,, (siehe: „Vorhang zu im Sommertheater,, in: Die WELT vom 19.8.1995, S.1

Dagegen bestimmten in den anderen Monaten gerade die Sachthemen die politische Berichterstattung, wenngleich die Zahl der *relevanten* Beiträge unter der Zahl der Beiträge ohne Relevanz lag. Es zeigte sich jedoch, dass gerade die Steuerpolitik, die Rentenpolitik, die Gesundheitspolitik, die Energiepolitik und allgemeine Bundestagsdebatten über den Haushalt sich meist über mehrere Tage erstreckten. Beiträge ohne Relevanz, z.B. Personalentscheidungen oder Parteitage, wurden dagegen meist an einem Tag mit mehreren Beiträgen und Stellungnahmen zu diesem Thema abgehandelt. Um einen Überblick über die Themen der Monate zu erlangen, folgt für die Monate die Auflistung der Themen, die sich über mindestens 2 Tage und in mindestens zwei Beiträgen in der Berichterstattung niederschlugen:

- März: Ausländerrecht, Länderfinanzausgleich, Doppelte Staatsbürgerschaft, Energiepolitik, Kohlepennig, Haushaltsdebatte, Spendenaffäre
- Mai: Ladenschluss, Rentenversicherung, Gesundheitsreform, Sparpaket, Sozialversicherung, Castor-Affäre, Ozonverordnung, Kinkel-Rücktritt, Bundeswehrreform, Haushaltsberatung, Steuerpolitik, Bewertung der Goldreserven
- November: Steuerpolitik, Solidaritätszuschlag, Haushaltsdebatte, Rentenreform, Energiekonsens, Ökosteuer, Gesundheitsreform, Ladenschluss, Diskussion um *Leitkultur*, BSE, Spendenaffäre

Vergleicht man nun die Themen August mit den restlichen Monaten, so stellt sich heraus, dass es sich im August um Diskussionen über allgemeinen Themen handelte, die nicht direkt mit parlamentarischen Entscheidungsprozessen, sondern Parteistrategien oder persönlichen Meinungsäußerungen zusammenhängen. Dagegen standen in den Arbeitsmonaten die Sachfragen stärker im Vordergrund der Berichterstattung.

Keine signifikanten Unterschiede ließen sich dagegen in den Partei- und Personalentscheidungen in den Monaten feststellen.

In allen vier Monaten fanden Parteitage, Rücktritte von Politikern (z.B. Kinkel, Lafontaine) oder die Wahl von Politikern (z.B. Merkel als Parteivorsitzende) gleichermaßen Einzug in die politische Berichterstattung (ohne markante Anstiege). Damit lässt sich auch erklären, warum die Zahl der Berichterstattung über prominente Personen im August in der Gesamtzahl der Beiträge nur gering abweicht von den anderen Monaten. Allerdings kam hinzu - wie bereits gezeigt -, dass im August durchaus ein Trend zur Inszenierung politischer Themen durch prominente Personen festzustellen ist. Zwar wurde auch in den Monaten März (Kohl eröffnet Cebit, Antje Vollmer stellt Geissler-Buch vor, Expo-Besuch des Kanzlers.), Mai (Lafontaine eröffnet Willi-Brandt-Haus, Bundeskanzler eröffnet Flughafen) und November (Kohl stellt Buch vor, Festakt zum Mauerfall) inszeniert, doch stieg die Zahl der Inszenierung im August deutlich an.

VII. BEWERTUNG DER ERGEBNISSE UND FAZIT

Bei der Beantwortung der Frage „Wie wirkt sich die parlamentarische Sommerpause auf die politische Fernsehberichterstattung aus?“, lassen die Ausführungen erkennen, dass ein Wirkungszusammenhang existiert.

Im Zuge des Forschungsablaufs, der aus der Fragestellung entwickelt wurde, ließ sich dieser Wirkungszusammenhang anhand von Veränderungen in der Beitrags- und Themenstruktur in der politischen Berichterstattung nachweisen. Als methodische Grundlage diente eine Inhaltsanalyse des ZDF-heute-journals über einen Zeitraum von sechs Jahren.

Die Ergebnissen bestätigten die Mehrzahl der aus Kapitel V. gewonnenen Hypothesen. Im „Sommerloch“-Monat August sank im ZDF-heute-journal sowohl der Umfang der politischen Berichterstattung, die man mit parlamentarischen Akteuren in Verbindung bringen konnte, als auch jene Berichterstattung mit prominenten Akteuren als Handlungsakteure der Beiträge. Es zeigte sich zugleich, dass der *prozentuale* Anteil der Berichterstattung über prominente Personen stieg, jener über prominente Institutionen sank. Dies ist eine Folge der Tatsache, dass die am parlamentarischen Prozess beteiligten Institutionen in der sitzungsfreien Zeit keine oder nur wenige Entscheidungen treffen¹⁴⁸. Vor allem die reduzierte Berichterstattung über den Bundestag wirkte sich auf das Ergebnis aus.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass die prominenten Akteure gerade in der Sommerpause zu inszenierten, politischen Ereignissen tendieren, um ihre Präsenz in den Nachrichtensendungen im Fernsehen aufrechtzuerhalten. Dagegen bestätigte sich nicht die Annahme, dass in der parlamentarischen Sommerpause die Nicht-Prominenz durch

¹⁴⁸ Anmerkung: Auch in die sitzungsfreie Zeit fallen Entscheidungen im Rahmen von einberufenen Sondersitzungen des Bundestages oder Bundesrates. Sie stellen aber die Ausnahme dar.

eigene Themen die Berichterstattung mitbestimmen kann. Für das heute-journal konnte festgestellt werden, dass sich die Berichterstattung unabhängig von der parlamentarischen Arbeit nahezu unverändert intensiv den *prominenten* Personen im parlamentarischen Prozess zuwendet.

Die Relevanz der politischen Fernsehbeiträge nahm im August ab. Dagegen blieb der absolute Anteil an Beiträgen *ohne* Relevanz relativ konstant, prozentual nahm er deutlich zu. Dies lässt den Schluss zu, dass in der parlamentarischen Sommerpause durch den Ausfall von Entscheidungen auf parlamentarischer Ebene nicht als Kompensation bewußt auf Themen ohne politische Relevanz zurückgegriffen wird. Analysiert man die Summe der Inszenierungen, so stellt man folgendes fest: In der Berichterstattung im ZDF-heute-journal steigt die Wahrscheinlichkeit, über Inszenierungen Themen in die Berichterstattung zu bringen, die ohne Relevanz für den parlamentarischen Prozess sind. Unter 67 Beiträgen im August konnte knapp jeder dritte als eine solche Inszenierung gewertet werden.

Bei der Analyse der *Themen* stellte sich erwartungsgemäß heraus, dass Themen, die in das parlamentarische Entscheidungsverfahren eingebunden sind und die bestimmten Politikfeldern zugeordnet werden können (z.B. Renten-, Steuer- oder Energiepolitik), in der August-Berichterstattung nur rudimentär zu finden waren. Dagegen bestimmten Themen mit Personalcharakter und Themen ohne konkreten Bezug zu laufenden, parlamentarischen Entscheidungsprozessen den August. Allerdings lässt sich aus der Analyse dieser Themen nicht explizit *das* „Sommerlochthema,, definieren, da die Inhalte von Jahr zu Jahr variieren.

Die *Arbeitsmonate* zeigten im Gegensatz, dass parlamentarische Entscheidungen in den Vordergrund der politischen Berichterstattung des ZDF-heute-journals gestellt werden.

Damit hat sich bestätigt, dass sich die parlamentarische Sommerpause durch ihr reduziertes Angebot an politischen Entscheidungen auf die politische Berichterstattung auswirkt. Vor allem die prominenten Personen im parlamentarischen Prozess scheinen sich darauf eingestellt zu haben und nutzen die Möglichkeiten politischer Inszenierungen, um ihre Medienpräsenz zu erhalten.

Als Fernsehzuschauer wird man daher aller Voraussicht nach auch in den nächsten Jahren das politische Sommerloch wahrnehmen und dementsprechend häufiger über Ereignisse ohne politische Relevanz informiert werden. Ereignisse, die die Politiker öfter als in den parlamentarischen Arbeitsmonaten von ihrer „außerparlamentarischen„ Seite zeigen - ob am Wolfgangsee oder in der Toscana.

Literaturliste

- **Almond, Gabriel A./Powell, G. Bingham Jr.**, Comparative politics. A development approach, Boston/Toronto 1966
- **Altmeppen, Klaus-Dieter/Löffelholz, Martin**, Zwischen Verlautbarungsorgan und 'vierter Gewalt', in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S.97-123
- **Atteslander, Peter**, Methoden der empirischen Sozialforschung. 8., bearbeitete Auflage, Berlin/New York 1995
- **Bäuerlein, Heinz**, Damit sich der Bürger ein Bild machen kann. Wie sich der Deutsche Bundestag auf Fernsehübertragungen einstellt, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1992, S.216-230
- **Benett, W. Lance**, News: The politics of illusion, New York/London 1988
- **von Beyme, Klaus**, Die Massenmedien und die politische Agenda des parlamentarischen Systems, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, in: Kölner Zeitschriften für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34, Opladen 1994, S.320-336
- **Boorstin, Daniel J.**, From News Gathering to News Making: A Flood of Pseudo-Events; in: Boorstin, Daniel J., The Image. A Guide to Pseudo-Events in America, New York 1961, S.7-44
- **Bruns, Thomas/Marcinkowski, Frank**, Politische Information im Fernsehen. Eine Längsschnittstudie zur Veränderung der Politikvermittlung in Nachrichten und politischen Informationssendungen. Schriftenreihe Medienforschung der Landesrundfunkanstalt Nordrhein-Westfalen, Band 22, Opladen 1997
- **Bundeszentrale für politische Bildung** (Hrsg.), Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1995
- **Clement, Wolfgang**, Zur Mediatisierung der Politik und Politisierung der Medien. In: Hoffmann, Hilmar (Hrsg.), Gestern begann die Zukunft. Entwicklung und gesellschaftliche Bedeutung der Medienvielfalt. Darmstadt 1994, S.32-37
- **Czerwick, Edwin**, Parlamentarische Politikvermittlung, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S.253-272
- **Deutscher Bundestag und Bundesrat (Hrsg.)**, Verhandlungen des Bundestages – Stenographische Berichte und Dokumente, Band 129 (Plenarprotokolle 10/81-10/95; hier: 10/85), Bonn 1984
- **Deutscher Bundestag und Bundesrat** (Hrsg.), Verhandlungen des Bundestages –

Stenographische Berichte und Dokumente, Band 142 (Plenarprotokolle 11/22-11/40, hier:11/28), Bonn 1987, S. 1888 A

- **Dombrowski, Ines**, Politisches Marketing in den Massenmedien, Wiesbaden 1997
- **Dorer, Johanna**, Die Bedeutung der PR-Kampagnen für den öffentlichen Diskurs. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.), PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit, Opladen 1996, S.55-72
- **Dübber, Ullrich**, Neunzig Prozent ohne Resonanz. Das Bild der Bundestagsabgeordneten in Presse, Hörfunk und Fernsehen; in: Das Parlament, Nr. 32/33 vom 11./18.8.1979, S.17
- **Easton, David**, The political system, New York 1953
- **Easton, David**, A systems analysis of political life, New York 1965
- **Edelmann, Murray**, Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt a.M./New York 1976
- **Flegel, Ruth C./Chaffee, Steven H.**, Influences of editors, readers, and personal opinions on reporters. In: Journalism Quarterly, 48 (1971), S.645-651
- **Galtung, Johan/Ruge, Mari Holmboe**, The structure of foreign news. The presentation of the Congo, Cuba and Cyprus crises in four Norwegian newspapers, in: Journals of Peace Research 2 (1965), S.65-91
- **Gerhards, Jürgen**, Neue Konfliktlinien in der Mobilisierung öffentlicher Meinung. Eine Fallstudie, Opladen 1993
- **Goethe, Johann Wolfgang**, Maximen und Reflexionen (Hamburger Ausgabe), Bd. 12, Hamburg 1994
- **Herzog, Dietrich**, Der Funktionswandel des Parlaments in der sozialstaatlichen Demokratie; in: Herzog, Dietrich/Rebenstorf, Hilke/Weßels, Bernhard (Hrsg.), Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie, Opladen 1993, S. 13-52
- **Hölscher, Lucian**, Öffentlichkeit und Geheimnis. Eine begriffsgeschichtliche Untersuchung zur Entstehung der Öffentlichkeit in der frühen Neuzeit, Stuttgart 1979
- **Holzer, Horst**, Gescheiterte Aufklärung ? Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland, München 1971
- **Jarren, Otfried**, Medien-Gewinne und Institutionen-Verluste ? Zum Wandel des intermediären Systems in der Mediengesellschaft; in: Jarren, Otfried (Hrsg.), Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen, Opladen 1994, S.21-34
- **Jarren, Otfried**, Medien, Mediensystem und politische Öffentlichkeit im Wandel, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S.74-94

- **Jarren, Otfried/Alt, Hans-Jürgen**, Kommunikation - Macht - Politik. Konsequenzen der Modernisierungsprozesse für die politische Öffentlichkeit. In: WSI Mitteilungen 7/1997, S.480-486
- **Jarren, Otfried/Rudzio, Kolja**, Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen: Eine Einführung, in: Jarren, Otfried (Hrsg.), Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen, Opladen 1994, S.13-19
- **Kamps, Klaus**, „Zur Politik nach Bonn...“: Politische Kommunikation in Fernsehnachrichten. In: Kamps, Klaus/Meckel, Miriam (Hrsg.), Fernsehnachrichten, Opladen 1998, S.33-48
- **Kaase, Max**, Demokratisches System und die Mediatisierung von Politik, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S. 24-51
- **Kepplinger, Hans Mathias**, Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft, Freiburg/München 1998
- **Koszyk, Kurt/Pruys, Karl Hugo** (Hrsg.), dtv - Wörterbuch zur Publizistik, München 1969
- **Kutsch, Arnulf/Westerbarkey, Joachim**, Zur Publizistischen Funktion von Nachrichten; in: Straßner, Erich (Hrsg.), Nachrichten, München 1975, S.9-26
- **Lange, Klaus**, Abbildung oder Konstruktion der Wirklichkeit ? Politik in Nachrichtenmedien, Stuttgart 1980
- **Lange, Klaus**, Das Bild der Politik im Fernsehen. Die filmische Konstruktion einer politischen Realität in den Fernsehnachrichten, Frankfurt a.M. 1981
- **Lasswell, Harold D.**, The structure and function of communication in society. In: Lyman, Bryson (Hrsg.), The communication of ideas, New York 1948, S.37-51
- **Lippmann, Walter**, Public Opinion, New York 1922
- **Ludes, Peter**, Programmgeschichte des Fernsehens, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, S.255-276
- **Luhmann, Niklas**, Öffentliche Meinung. In: Luhmann, Niklas, Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung, Opladen 1971, S.9-34
- **Luhmann, Niklas**, Die Realität der Massenmedien, 2.Aufl., Opladen 1995
- **Marcinkowski, Frank**, Politikvermittlung durch Fernsehen und Hörfunk, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S.165-183
- **Marschall, Stefan**, Öffentlichkeit und Volksvertretung, (Studien zur Kommunikationswissenschaft, Band 40), Opladen 1999

- **Mathes, Rainer/Freisens, Uwe**, Kommunikationsstrategien der Parteien und ihr Erfolg. Eine Analyse der aktuellen Berichterstattung in den Nachrichtenmagazinen der öffentlichen und privaten Rundfunkanstalten im Bundestagswahlkampf 1987, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans Dieter, Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1989, S.531-568
- **McLuhan, Marshall**, Die magischen Kanäle, Düsseldorf/Wien 1968
- **Meyer, Thomas**, Die Theatralität der Politik, in: Siller, Peter/Pitz Gerhard (Hrsg.), Politik als Inszenierung, Baden-Baden 2000, S.117-121
- **Meyer, Thomas/Ontrup, Rüdiger/Schicha, Christian**, Die Inszenierung des Politischen, Wiesbaden 2000
- **Muckenhaupt, Manfred**, Spielarten des Informieren in Nachrichtensendungen, in: Hermann, Jan/Heygster, A.-L., Sprache im Fernsehen, Mainz 1988, S. 211-245
- **Münch, Richard**, Dialektik der Kommunikationsgesellschaft, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1992
- **Münch, Richard**, Journalismus in der Kommunikationsgesellschaft, in: Publizistik, 38 (1993), S.261-279
- **Nimmo, Dan D./Combs, James E.**, Mediated political realities, New York/London 1983
- **Oberreuter, Heinrich**, Parlament und Öffentlichkeit, in: Langenbucher, Wolfgang R. (Hrsg.), Politik und Kommunikation. Über die öffentliche Meinungsbildung, München/Zürich 1979, S.62-78
- **Oberreuter, Heinrich**, Krise des Parlamentarismus ?, in: Matz, Ulrich (Hrsg.), Aktuelle Herausforderungen der repräsentativen Demokratie, Köln u.a. 1985, S.52-73
- **Oberreuter, Heinrich**, Was nicht in den Medien ist, ist nicht Wirklichkeit. Parlamente - Foren politischer Öffentlichkeit ? In: Bayerischer Landtag (Hrsg.), Colloquien zum Landesparlamentarismus II und III der Akademie für Politische Bildung, Tutzing/München 1996, S.105-120
- **Östgaard, Einar**, Factors influencing the flow of news, in: Journal of Peace Research 2 (1965), S.39-63
- **Oevermann, Ulrich**, Der Strukturwandel der Öffentlichkeit durch die Selbstinszenierungslogik des Fernsehens. In: Honegger, Claudia u.a., Gesellschaft im Umbau. Bern 1995, S.197-228
- **Ortega Y Gasset, José**, Der Aufstand der Massen, Reibek bei Hamburg 1958
- **Patzelt, Werner J.**, Parlamentskommunikation, in: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxter, Ulrich, (Hrsg.), Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft, Wiesbaden 1998, S. 431-441

- **Pfetsch, Barbara**, Politische Fernsehwelten: Die Politikberichterstattung in den öffentlich-rechtlichen Sendern; in: Jarren, Otfried (Hrsg.), Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen, Opladen 1994, S.111-122
- **Pfetsch, Barbara**, Zur Beobachtung und Beeinflussung öffentlicher Meinung in der Mediendemokratie. Bausteine einer politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung, in: Rohe, Karl, (Hrsg.), Politik und Demokratie in der Informationsgesellschaft, Baden-Baden 1997, S.45-54
- **Pfetsch, Barbara**, Regieren unter den Bedingungen medialer Allgegenwart, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S.233-252
- **Pitkin, Hannah F.**, The Concept of Representation, Berkeley 1967
- **Quaritsch, Helmut**, Probleme der Selbstdarstellung des Staates, Tübingen 1977
- **Ronneberger, Franz**, Theorie der Kommunikationspolitik, in: Burkart, Roland/Hörnberg, Walter (Hrsg.), Kommunikationstheorien: ein Textbuch zur Einführung, Wien 1995 (2.Auflage), S.191-203
- **Sarcinelli, Ulrich**, Symbolische Politik, Opladen 1987
- **Sarcinelli, Ulrich**, Massenmedien und Politikvermittlung - eine Problem- und Forschungsskizze, in: Wittkämper, Gerhard W. (Hrsg.), Medien und Politik, Darmstadt 1994, S.469-486
- **Sarcinelli, Ulrich**, Mediale Politikdarstellung und politisches Handeln: analytische Anmerkungen zu einer notwendigerweise spannungsreichen Beziehung, in: Jarren, Otfried (Hrsg.), Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen, Opladen 1994, S.35-50
- **Sarcinelli, Ulrich**, Politikvermittlung und Demokratie: Zum Wandel der politischen Kommunikationskultur, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S.11-23
- **Sarcinelli, Ulrich** (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998
- **Sarcinelli, Ulrich/Wissel, Manfred**, Mediale Politikvermittlung, politische Beteiligung und politische Bildung, in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bonn 1998, S.408-427
- **Schatz, Heribert**, Zum Stand der politikwissenschaftlich relevanten Massenkommunikationsforschung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bernbach, Udo (Hrsg.), Politische Wissenschaft und politische Praxis (Politische Vierteljahresschrift - Sonderheft 9), Opladen 1978, S.434-454
- **Schatz, Heribert/Adamczewski, Klaus/Lange, Klaus/Nüssen, Ferdinand**, Fernsehen und Demokratie. Eine Inhaltsanalyse der Fernsehnachrichtensendungen von ARD und ZDF vom Frühjahr 1977, Opladen 1981

- **Schnorbach, Norbert**, Greenpeace-TV, in: Siller, Peter/Pitz Gerhard (Hrsg.), Politik als Inszenierung, Baden-Baden 2000, S.57-59
- **Schulz, Winfried**, Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg/München 1976
- **Schulz, Winfried**, Politische Kommunikation: theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik, Opladen 1997
- **Strassner, Erich**, Fernsehnachrichten: Eine Produktions-, Produkt- und Rezeptionsanalyse, Tübingen 1982
- **White, David Manning**, The „gatekeeper“: A case study in the selection of news, in: Journalism Quarterly 27 (1950), S.383-390
- **Zweites Deutsches Fernsehen** (Hrsg.), Information und Meinung im Fernsehen. ZDF Schriftenreihe, Heft 22 (Materialien zum Programm), Mainz 1979

Zeitungen und Zeitschriften

- **„Der Schatz vom Wolfgangsee,,** in: Süddeutsche Zeitung vom 16.8.2000, S. V2/5
- **„Dürfen die das,,** in: Süddeutschen Zeitung vom 2.1.98, S.15
- **Herles, Hermann**, „Auch im Sommer nimmt das Wegwerfen kein Ende,, in: FAZ vom 3.9.1979, S.7
- **Hofmann, Gunter**, „Die Schröders - ein Medienkrieg,, in: Die ZEIT vom 15.August 1997, S.4
- **„Vorhang zu im Sommertheater,,** in: Die WELT vom 19.8.1995, , S.1
- **„Wir äffen das ZDF nicht nach,,** in: Der SPIEGEL vom 11.6.1984, S.71-82

Anhang 1: Auswertungsergebnis „Politische Prominenz,,

	März	Mai	November	August
Gesamtzahl der Beiträge	134	113	167	102
Institution				
Partei	26	24	31	23
Parteivorstand	6			2
Fraktion	1		2	1
Arbeitskreis	1			
Bundesregierung	5	3	5	5
Ministerium		1		
Regierungs-Ausschuss				
Kabinet	3		3	3
Koalition	2	1	10	
Opposition				2
Bundestag	13	14	26	2
Bundesrat	2	1	6	
Ausschuss/Kommission	2	5	1	2
Person				
Bundeskanzler	8	8	9	9
Bundesminister	13	21	21	14
Bundestagspräsident			1	
BT-Präsidiumsmitglied	1		1	
Fraktionsvorsitzender	7	2	2	4
Fraktionsvostandsmitglied	2	4	2	1
Ausschuss-/Kommissionsvorsitz.	1			
Ministerpräsidenten	14	10	14	11
Landesminister	6	2	3	5
Parteivorsitzender	4	10	10	6
Generalsekretär	3		1	2
Mitglieder des Parteivorstandes	3	3	5	5
Abgeordnete mit ehemaliger Prominenz	3		4	3
Nicht-Prominenz				
Abgeordneter	2	2		2
Ausschuss-Mitglied				
Restliche Regierung (Staatssekretäre etc.)	3	2	1	2
Parlamentarische Verwaltung				
Kein	8	3	13	1

Anhang 2: Auswertungsergebnis „Relevanz,, und „Inszenierungen,,

Auswertung „Relevanz,,

	März	Mai	Nov.	M/M/N	August
Sehr groß	2	1	2	2	3
Groß	22	43	74	46	24
Mittel	21	11	6	13	5
Gering	6	4	5	5	5
Keine	84	56	81	74	67

Auswertung „Inszenierungen,,

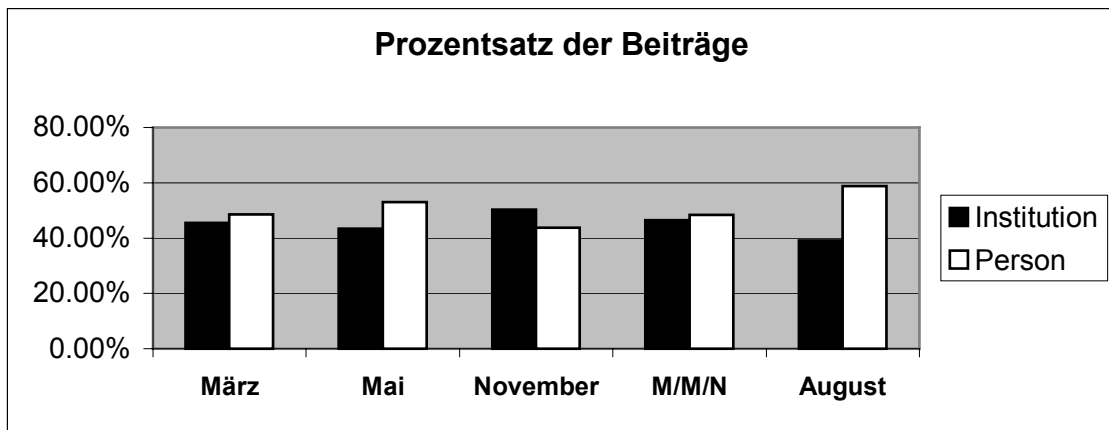
	März	Mai	Nov.	M/M/N	August
Inszenierungen	13	9	5	9	21
Insz. in Prozent	11.5%	6.3%	3.0%	6.5%	20.6%

Anhang 3:

Daten „Beiträge pro Monat nach Handlungsakteur-Kategorien (*Institution, Person, Nicht-Prominenz, Kein Einzelakteur*) summiert,,

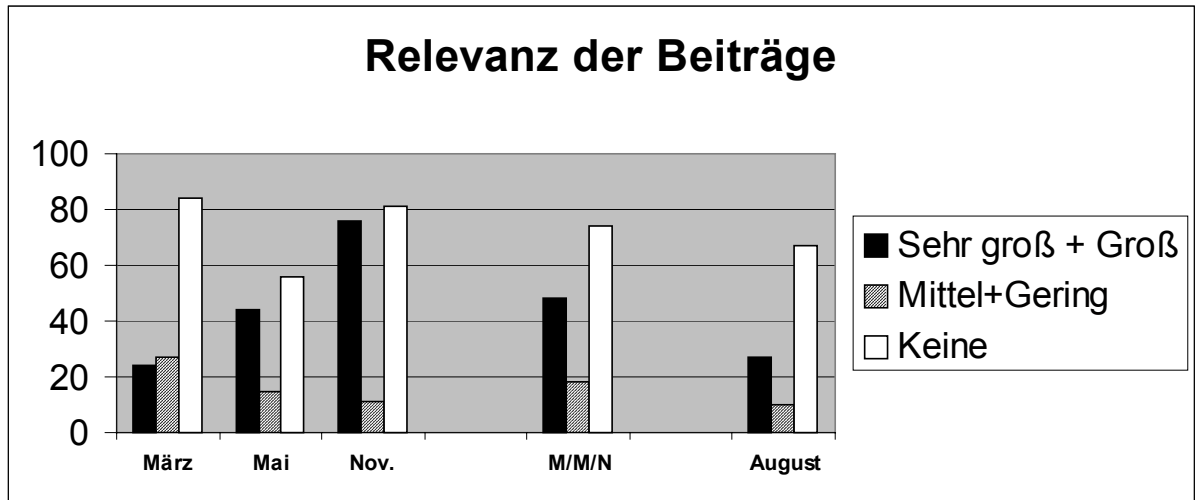
	März	Mai	Nov.	M/M/N	August
Institution	61	49	84	65	40
Person	65	60	73	66	60
Nicht-Prominenz	5	4	1	3	4
Kein Einzelakteur	8	3	13	8	1

Anhang 4: Abbildung und Daten „Prozentsatz der Beiträge in der *Prominenz*-Kategorie,,



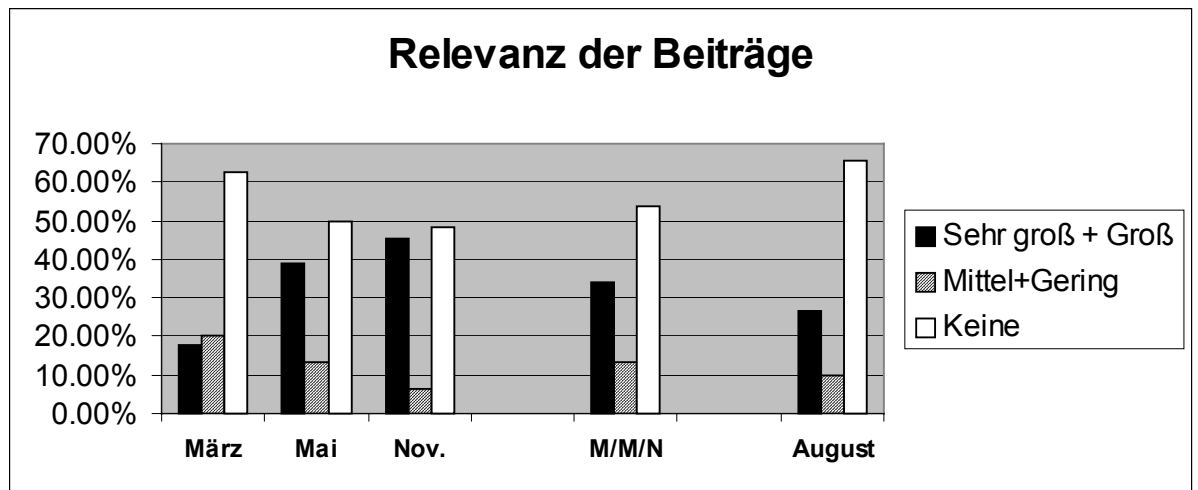
	März	Mai	November	M/M/N	August
Institution	45.50%	43.30%	50.30%	46.40%	39.20%
Person	48.50%	53.10%	43.70%	48.40%	58.80%

Anhang 5: Abbildung und Daten „Relevanz der Beiträge,, I



	März	Mai	Nov.	M/M/N	August
Sehr groß + Groß	24	44	76	48	27
Mittel+Gering	27	15	11	18	10
Keine	84	56	81	74	67

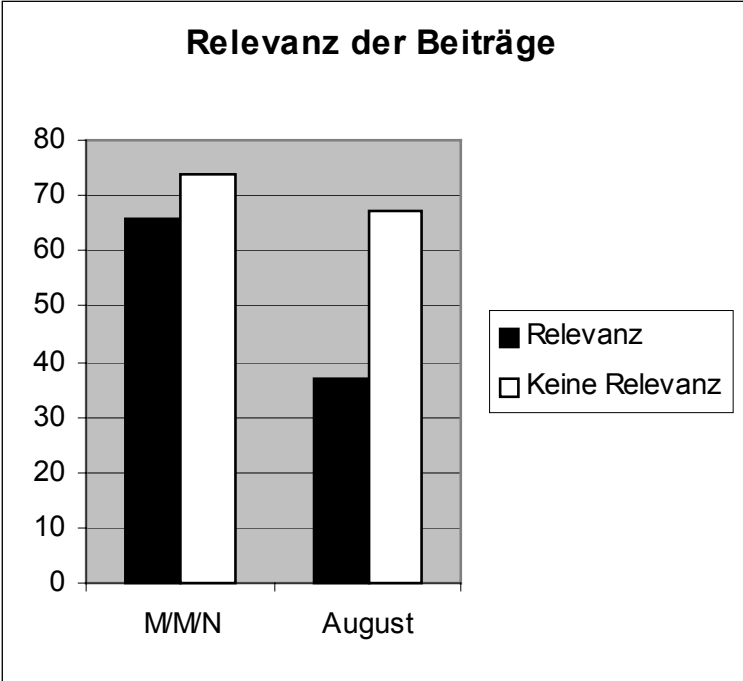
Anhang 6: Abbildung und Daten „Prozentsatz der Relevanz,, I[☒]



	März	Mai	Nov.	M/M/N	August
Sehr groß + Groß	17.90%	38.90%	45.50%	34.10%	26.50%
Mittel+Gering	20.10%	13.30%	6.60%	13.30%	9.80%
Keine	62.70%	49.60%	48.50%	53.60%	65.70%

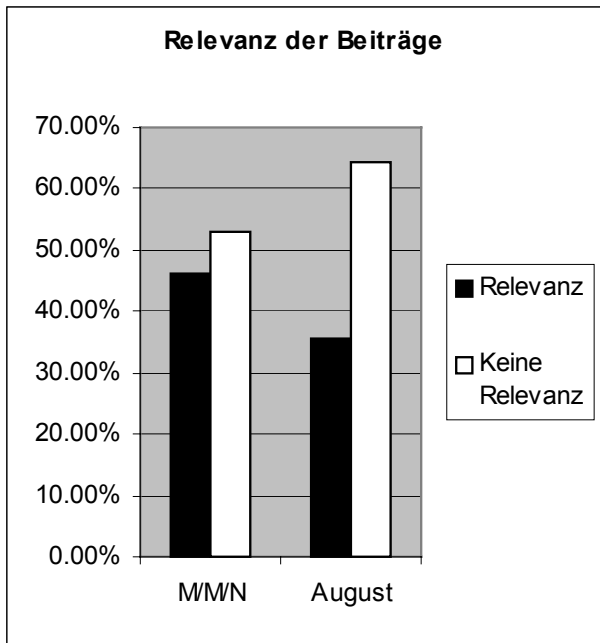
[☒] Wegen Rundungsfehler bei der Durchschnittwertberechnung (Bedeutung/Tragweite) teilweise die Summe größer 100%

Anhang 7: Abbildung und Daten „Relevanz der Beiträge,, II



	M/M/N	August
Relevanz	66	37
Keine Relevanz	74	67

Anhang 8: Abbildung und Daten „Prozentsatz der Relevanz,, II



	M/M/N	August
Relevanz	47.40%	36.30%
Keine Relevanz	53.60%	65.70%

Anhang 9a: Sendeprotokoll (vom 26.11.1996)

Z D F PROGRAMM - DATENBANK

Ausdruck für:

TV-NEWS

Prod-Nr	Sendedatum	Sendedauer	Progr/Agt	Archivnummer
[REDACTED]	26.11.1996	002'16	ZDF	[REDACTED]

Sendetitel : Heute-Journal 26.11.1996 21.45

Einzeltitlel: 2. Lesung Haushalt

Kategorie : NF Nachrichtensendung

Time : RT 22:06:18 - 22:08:34 + IT ST

Band-Nr : 1235607 VHS
1235606-20 BCSP
1235606-2 BCSP

Inhalt : Bonn: Abschließende Debatte des Haushalts 1997 im Bundestag.

Irmgard KARWATZKI (Parlamentarische StSekt im Bundesfinanzministerium) begibt sich in dem noch leeren Plenum auf ihren Platz und wird in Vertretung von BMF Theo Waigel die Debatte eröffnen. Einige Abgeordnete begeben sich zu ihr und schütteln ihr die Hand. BMA Norbert BLÜM (Ausgefallenes) empfiehlt ihr anschaulich, mit der Faust auf den Tisch zu hauen (Geste). Joschka FISCHER (Bündnis 90 / Die Grünen) im Gespräch mit einem Fraktionskollegen. Schwenk auf die Bänke der Opposition mit Ingrid MATTHÄUS-MAIER. Rede KARWATZKI, die sich davon überzeugt zeigt, daß die Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung die richtigen Signale gebe. Rede Karl DILLER (SPD-Fraktion), der die Haushaltsentwürfe der Regierung von BK Helmut Kohl (Kritik) als "Flickwerk" bezeichnet, weil sie systematisch die Wirtschaftsdaten schöne, die Risiken verstecke, die Etatlöcher leugne. Joschka FISCHER (Ausgefallenes) gähnt herzhaft. Rede Adolf ROTH (CDU/CSU-Fraktion): "Es gibt nur einen Weg, sparen, sparen, sparen!" Rede Oswald METZGER (Bündnis 90 / Die Grünen), der meint, es sei ein Unding einen solchen Haushalt als Haushalt des Wachstums, als Haushalt für mehr Beschäftigung, als Haushalt für mehr Chancen und Zukunftsfähigkeit zu verkaufen. BK Helmut KOHL im Plenum neben BMFSJ Claudia NOLTE, im Gespräch mit BMK Friedrich BOHL, Christian SCHWARZ-SCHILLING, Wolfgang SCHÄUBLE und Rudolf SEITERS. Schwenk vom Plenum auf die Besuchertribüne.

Bearbeiter : GS

Deskript : Bundestagsdebatte Etat 1997 DEU.

UPM : RED Gerhard, Karl Otto.
I.S.T Bonn.

Anhang 9b: Sendeprotokoll (vom 21.11.1996)

Z D F P R O G R A M M - D A T E N B A N K	
Ausdruck für:	TV-NEWS
[REDACTED]	[REDACTED]

Prod-Nr	Sendedatum	Sendedauer	Progr/Agt	Archivnummer
[REDACTED]	21.11.1996	004'12	ZDF	[REDACTED]
Sendetitel : Heute-Journal 21.11.1996 21.45				
Einzeltitel: Schaltgespräch mit Norbert Blüm				
Kategorie : NF Nachrichtensendung				
Time	: RT 21:50:40 - 21:54:52			ST
Band-Nr	: 1235106-5 BCSP 1235107-2 VHS 1235106-50 BCSP			
Inhalt	: Schaltgespräch Alexander NIEMETZ nach Bonn zu BMA Norbert BLÜM zur Rentenreform (siehe auch 1123511102); Interview zum Anstieg der Rentenbeiträge; zur möglichen eigenständigen Festlegung der Rentenhöhe durch die Altersgrenzen; der Schlüssel der Stabilität des Sozialstaates sei Arbeit; zum heutigen System der Renten, das man nicht willkürlich verändern könne; zum Bemühen, die Beitragssätze wieder zu senken und der Schaffung von mehr Beschäftigung.			
Bearbeiter	: LU			
Deskript	: Rentenversicherung DEU.			
UPM	: RED Niemetz, Alexander.			